

9 Generaldebatte (10.58 Uhr)

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir sind nun mit den Berichterstattungen am Ende und wir kommen nun zur Generaldebatte. Beginnen wird Frau Gemeinderätin Sahar Mohsenzada von der KPÖ

9.1 GRⁱⁿ Mag.^a Sahar Mohsenzada, KPÖ (10.58 Uhr – 11.06 Uhr)

GRⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream und hier im Saal. Budgetär hat die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ keinen leichten Start. Sie hat einen Schuldenberg von 1,6 Mrd. Euro geerbt. Dennoch ist es gelungen, dem Anspruch an uns selbst, ein soziales und klimafreundliches Budget vorzulegen, gerecht zu werden. Doch bevor ich einen Überblick über budgetäre Schwerpunkte gebe, will ich in aller Sachlichkeit und beispielhaft etwas zu den Angriffen und Untergriffen der letzten Tage und Wochen sagen, weil man es nicht so stehen lassen kann.

Immer wieder und glücklicherweise wird zuletzt viel über die Elementarpädagog:innen gesprochen. Die KPÖ war die erste Partei, die vor der Situation, in der wir heute stecken, gewarnt hat. Und, sehr geehrter Stadtrat Hohensinner, wenn schon die Medien die Frage nie aufwerfen, darf ich sie Ihnen an dieser Stelle stellen: Wieso werden Sie erst aktiv, nachdem die ÖVP nicht mehr den Finanzstadtrat stellt? Ich erspare uns jetzt Zitate aus den Wortprotokollen, wie Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, KPÖ-Anfragen zum Thema abgetan haben. Und, Hand aufs Herz, wie hätte Günter Riegler als Finanzstadtrat auf die Forderungen reagiert, mit denen Sie die „links-linke Koalition“, wie Sie sie immer nennen, links überholen wollen?

Manfred Eber als Finanzstadtrat setzt sich aber in Ruhe mit Ihnen zusammen und

schaut, was sich in dem ohnehin engen finanziellen Korsett, das die Vorgängerregierungen hinterlassen haben, möglich ist. Weil es um die Sache geht. Auch das Kulturbudget war in der letzten Zeit immer wieder Thema: Sie, Herr Dr. Riegler, und das muss man aussprechen, agieren nicht ganz fair. In der Mittelfristplanung, die Sie selbst erstellt haben, Herr Dr. Riegler, war für 2022 ein Betrag von 17.457.400 Euro vorgesehen. Im Budget, das Manfred Eber heute vorlegt, sind es 17.790.700 Euro. Das sind 333.300 Euro mehr, als – und das unterstreiche ich noch einmal – Sie für sich selbst als Kultur- und Finanzstadtrat in Personalunion eingeplant haben. 2023 das Gleiche: Da sind für Sie noch einmal 206.600 Euro mehr veranschlagt, als Sie für sich selbst eingeplant hatten. Das entspricht exakt der Summe, die Sie selbst in einem Budgetgespräch mit Manfred Eber genannt haben.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung, weil ich ja auch Kultursprecherin bin. Seit kurzem ist auch die ÖVP für ein Fair-Pay-Modell im Kulturbereich. Auch hier erspare ich uns Zitate aus den Protokollen, die zeigen würden, mit welcher Vehemenz die ÖVP das vor der Wahl abgelehnt hat.

Faktum ist – und das muss festgehalten werden, weil Falschmeldungen für viel Verunsicherung gesorgt haben –, die Koalition war, ist und bleibt bereit, im Kulturbereich ein Fair-Pay-System einzuführen, damit vor allem jene, die in der freien Kulturszene tätig sind, besser abgesichert sind. Das ist ja auch als Ziel im Koalitionspapier so definiert. Auch in einer Aussendung hat Stadtrat Manfred Eber unmissverständlich festgehalten: „Wenn Kulturstadtrat Riegler ein Konzept dazu ausarbeitet, stehen wir natürlich für Gespräche zur Verfügung, um gemeinsam an einer Umsetzung mitzuwirken.“

Darum wundert es mich, wenn Sie jetzt sagen, es gäbe kein Geld für die freie Szene und das so oft wiederholen, dass es für sehr viel Irritationen sorgt, dann spricht das für sich, Herr Stadtrat, nicht aber für Sie (*Appl.*).

Darum meine Bitte an alle in der heutigen Budget-Debatte: Bleiben Sie fair, bleiben Sie sachlich, bleiben Sie korrekt.

Bei meiner ersten Budgetrede im Dezember 2019 habe ich festgestellt, dass ein gelungenes Budget sich durch 3 Eigenschaften auszeichnet:

1. Es sollte alle Fixkosten, die eine Stadt hat, abdecken, es sollte
2. wichtige Investitionsprojekte berücksichtigen, die Stadt aber auch langfristig nicht in den Ruin treiben und
3. ein soziales Gesicht haben.

Was hat sich seit diesem Dezember 2019 nun verändert?

Mit der neuen Grazer Stadtregierung, die seit knapp acht Monaten im Amt ist, ist auch ein neuer Stil des Miteinanders ins Rathaus eingekehrt. Zum einen sind die Büros der Bürgermeisterin und unserer Stadtregierungsmitglieder für die Bevölkerung, also von der Mindestpensionistin bis zum Wirtschaftstreibenden, offen, zum anderen erfahren Menschen und Institutionen Wertschätzung und auch auf Transparenz wird viel Wert gelegt. Der Schwerpunkt der Koalition liegt im Versprechen, Graz in den nächsten Jahren sozialer, klimafreundlicher und demokratischer zu gestalten. Und das spiegelt sich im Doppelbudget 22/23 wider.

Der häufig zitierte Satz „Das Budget ist in Zahlen gegossene Politik“ birgt tatsächlich viel Wahrheit und wenn man dem Finanzstadtrat Manfred Ebers Ausführungen verfolgt hat, sieht man wohin der Kurs führt.

Um zu den Merkmalen eines gelungenen Budgets zurückzukehren: Der erste Punkt ist erfüllt, denn die Fixkosten, sind durch die laufenden Einnahmen gedeckt. Und an dieser Stelle darf ich mich bei allen Beschäftigten im Magistrat Graz und in den Beteiligungen, die tagtäglich hervorragende Arbeit leisten, einmal recht herzlich bedanken (*Appl.*).

Persönlich besonders hervorheben möchte ich Michael Kicker, Mag. Stefan Tschikof, Dr. Erich Kalcher und Mag. Georg Windhaber (*Appl.*).

Nun zum zweiten Punkt: Die Ausgangslage ist keine rosige, denn der aktuelle konsolidierte Schuldenstand der Stadt Graz beträgt 1,595 Mrd. Euro. Mit der von der Vorgängerregierung beschlossenen vierfachen Schuldenobergrenze würde sich der Schuldenstand am Ende 2022 bereits auf 2,4 Mrd. und 2027 auf 2,94 Mrd. Euro belaufen. Da wollten wir gegensteuern. Daher haben sich die Finanzdirektion und Stadtrat Eber darauf geeinigt, statt einer vierfachen, nur mehr eine dreifache Schuldenobergrenze anzuvisieren, ohne sie auszureizen.

Sie alle kennen die drastische Situation, in der sich die Welt befindet. Durch die Pandemie und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von Putins Russland auf die Ukraine ist weltweit eine krisenhafte Entwicklung eingetreten. Im vorliegenden Budget ist daher ein 8-prozentiger Krisenaufschlag einberechnet – aufgrund der Situation am Energiemarkt, des Einnahmerückgangs durch Corona sowie der Erhöhung der Material- und Baukosten. Somit ergibt sich eine selbst auferlegte konsolidierte Schuldenobergrenze für Ende 2022 von 1,7 Mrd. Euro.

Dennoch ist es der Koalition gelungen, 1,2 Mrd. Euro für Investitionen bereitzustellen. So viel Geld hat bisher noch keine Stadtregierung dafür in die Hand genommen.

Besonderen Wert legt die neue Stadtregierung auf den Sozialbereich, was mich auf den dritten Punkt bringt. Dieses Doppelbudget hat ein soziales Gesicht. Denn die Koalition spart bei sich selber, damit Sie der Bevölkerung mehr zurückgeben kann. Die neuerliche Einsparung bei der Klubförderung erspart der Stadt für das 2022 bereits um 120.000 Euro und im Folgejahr um weitere 10 %, also 111.000 Euro.

Die dadurch frei werdenden Mittel werden für den städtischen Sozialfonds „Graz hilft“ zweckgewidmet, der Grazerinnen und Grazer in Notsituationen unterstützt.

Ein weiteres Versprechen, das die rot-grün-rote Regierung eingelöst hat, war nicht nur die Re-Demokratisierung der Aufsichtsräte, denn nun sind alle Parteien wieder in allen Gremien vertreten. Das gewährleistet Transparenz und Fairness. Unter der

ÖVP-FPÖ-Stadtregierung wurden Aufsichtsräte der städtischen Tochtergesellschaften nur mit den jeweiligen Parteigängern besetzt. Eine weitere Reparatur ist die Streichung der Gagen für Politiker:innen in Aufsichtsräten, die die letzte Regierung 2017 eingeführt hatte. Auch das spart Steuergeld. Die neue Koalition geht noch weiter und verzichtet auf Repräsentationsausgaben in der Höhe von 160.000 Euro pro Jahr.

Ebenso werden die Posten für Inserate und Sponsoring um weitere 800.000 Euro gekürzt. Auch die Dienstwagen werden reduziert, denn anstatt der bislang vier Dienst-

BMW für Stadtregierungsmitglieder und Spitzenbeamte wird es künftig weniger und klimafreundlichere Fahrzeuge für Dienstfahrten geben.

Da es sich um Steuergelder handelt, wird im neuen Budget darauf geachtet, dass das Budget auch wirklich wirtschaftlich, zweckmäßig und sparsam ist, gerade in Zeiten wie

diesen. Das sieht man ganz gut bei den Sparbuchentnahmen der jeweiligen Abteilungen, wo 25 Mio. Euro der angesparten 36 Mio. Euro ins operative Budget der jeweiligen Abteilung fließen. Die großen Rücklagen mancher Abteilungen kann man jetzt nutzen, anstatt neue Schulden zu machen. Dass die Stadt Graz nun ein soziales Gesicht trägt, sieht man auf den ersten Blick. Es fängt bei den größeren Investitionen an, wie bei der SozialCard, und setzt sich fort bei kleineren, aber nicht unwichtigen Erleichterungen für Menschen, die ein kleineres Geldbörserl haben.

Das neue Budget gewährleistet, dass jetzt statt 13.000 nun 23.000 Personen die SozialCard erhalten können. Dabei handelt es sich vielfach um Berufstätige, die sich die alltäglichen Ausgaben nicht mehr leisten können. Sie erhalten unter anderem eine Jahreskarte für die Grazer Öffis um nur 50 Euro. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Stadt die Erhöhung der Kanal- und Müllgebühren ausgesetzt hat. Denn um der Teuerungswelle Einhalt zu gebieten, verzichtet die Stadt auf die Erhöhung der Kanal- und Müllgebühren und zwar für alle Grazer Haushalte im Jahr 2022.

Eine weitere Erleichterung gibt es für die Bewohner:innen von städtischen Gemeindewohnungen, denn es erfolgt keine Index-Erhöhung in den über 4.300 Wohnungen, die sich im Besitz der Stadt befinden. Auch eine zweite Miet-Erhöhung in diesem Jahr wird nicht an die Gemeinde-Mieter:innen weitergegeben.

In den Übertragungswohnungen der Stadt Graz gibt es die Mietzinszahlung, die gewährleistet, dass niemand mehr als ein Drittel des Einkommens für Wohnkosten ausgeben muss. Dadurch werden die Mieterinnen und Mieter entlastet, die durch steigende Energiepreise großem finanziellen Druck ausgesetzt sind.

Und es werden weitere leistbare Gemeindewohnungen gebaut.

Die Wohnplattform Steiermark wurde abgesichert, indem Förderung durch das Sozialamt der Stadt Graz, das Wohnungsamt und das Sozialressort des Landes Steiermark erfolgt. Dies sichert nun ca. 35 bis 40 Kleinwohnungen. Durch den Beschluss der Basisförderung im Stadtsenat ist das Angebot weiterhin gesichert.

Die Zentralküche Graz platzt mittlerweile aus allen Nähten. Denn tagtäglich werden dort 9.000 Portionen gekocht in einer Küche, die für weitaus weniger ausgerichtet ist. Durch einen neuen Standort wird es bald möglich sein, bis zu 15.000 Portionen täglich

zu kochen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die allgemeine Stärkung der Sozialarbeit in Graz, die mit zusätzlichen Mitarbeiter:innen unterstützt werden.

Der städtische Sozialfonds „Graz hilft“ wurde neu gestaltet und ist nun auch treffsicherer und unbürokratischer. Und in der vorletzten Sitzung hier im Haus wurden auch die Mittel für die Stadtteilarbeit erhöht. Nachdem ÖVP und FPÖ die Stadtteilarbeit finanziell fast ausgeblutet haben, wertet die rot-grün-rote Rathauskoalition diesen wichtigen Bereich wieder auf. Somit hat die Koalition das Versprechen eingelöst, die Stadt sozialer zu machen. Kommen wir also zum zweiten Versprechen:

klimafreundlicher zu werden. Im Ressort der Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner werden wichtige Projekte die Klima- und Verkehrswende in Graz einleiten. Wie in den vorangegangenen Gemeinderatsitzungen schon ausführlich vorgestellt, wird der Ausbau des öffentlichen Verkehrs forciert, die Innenstadt entlastet und ein zweigleisiger Ausbau der Linie 5 erfolgt in naher Zukunft, die Detailplanung der Süd-West-Linie und der S-Bahn Ausbau ist auch in the making.

Die Weiterführung der Radoffensive Graz 2030 mit 5 Mio. Euro jährlich schreitet voran. Dazu gehören der Ausbau und Neubau von Geh- und Radwegen sowie Markierungsarbeiten, Ausführungsplanungen und Grundeinlösen, Beleuchtungs- und Ampelanlagen sowie Begrünungen und Wildschutzvorrichtungen. Viele weitere Projekte werden den öffentlichen Raum aufwerten und grüner machen werden.

Denken Sie zum Beispiel an die Neugestaltung der Zinzendorfgasse und des Tummelplatzes. Die Frau Vizebürgermeisterin wird Ihnen das detaillierter schildern. Im Bereich Personal wird es künftig 132 neue Dienstposten geben, die meisten davon in den Ressorts von Stadtrat Hohensinner. Allein 70 neue Dienstposten wird es in der Abteilung Bildung und Integration geben. Davon sind 54 Vollzeitäquivalente für Pädagog:innen und Kinderbetreuer:innen vorgesehen. Das bringt eine spürbare Entlastung des Personals in den einzelnen Kinderbetreuungseinrichtungen, insbesondere während der Mittagsstunden. In den Ressorts von Stadtrat Robert Krotzer können mit dem vorliegenden Budget entscheidende Weichenstellungen und Verbesserungen in den wichtigen Bereichen Gesundheit, Pflege, Arbeit und Beschäftigung sowie Integration und Zusammenleben ermöglicht werden.

So wird die Pflegedrehscheibe weiter gestärkt und selbstverständlich das Grazer Tarifmodell für die Hauskrankenpflege fortgesetzt. Damit macht die Stadt Graz das Motto „Mobil vor stationär“ lebbar und leistbar. Pflegebedürftigen Menschen, die Hauskrankenpflege in Anspruch nehmen, bleibt jedenfalls die Mindestpension von aktuell 977 Euro. Dieses Modell schont zugleich die städtischen Finanzen, da ein Pflegeheim wesentlich teurer wäre. Im Gesundheitsamt werden zwei neue Referate geschaffen: Ein Referat für Infektions- und Seuchenschutz, um auch für weitere Covid-Wellen gerüstet zu sein und in welches der enorme Erfahrungsschatz der Corona-Task-Force dauerhaft einfließen soll sowie ein Referat für Gesundheitsversorgung mit einer Gesundheitsdrehscheibe, für präventive Angebote und als Lotsenfunktion im oft unübersichtlichen Gesundheitswesen.

Eine ganz wichtige Einrichtung im Gesundheitswesen ist die Impfstelle. Hier werden rund 30.000 Impfungen pro Jahr vorgenommen. Das heißt, dass sich rund 10 % der Grazer Bevölkerung eine Impfung im Amtshaus geben lassen. Hier wie in vielen weiteren Bereichen des Gesundheitsamtes können mit dem vorliegenden Budget endlich wichtige Investitionen getätigt werden, um das öffentliche Gesundheitswesen in der Stadt Graz zu stärken. Mit dem Grazer Fonds für Aufstieg und Entwicklung und vielen weiteren Maßnahmen zum beruflichen (Wieder-)Einstieg setzen wir als Stadt Graz auch künftig deutlich beschäftigungspolitische Akzente zum Wohle der Grazer Bürgerinnen und Bürger. Ein besonderes Anliegen ist der neuen Grazer Koalition das gute Zusammenleben aller Menschen in unserer Stadt. Wichtig ist dabei der einfache Zugang zum Erwerb der deutschen Sprache von Beginn an, weshalb wir auch das Integrationsreferat finanziell stärken und so in ein gutes Miteinander und Bildungschancen für alle Mensch investieren. Auch in den Ressorts von Stadträtin Claudia Schönbacher gibt es eine Erhöhung der finanziellen Mittel. Besonders erwähnenswert ist es, dass der Verein Kleine Wildtiere in großer Not weiterhin die Unterstützung der Stadt erhält. Zum Schluss möchte ich den Kreis zu den eingangs genannten drei Punkten für ein gelungenes Budget zurückkehren. Ich denke, die Fakten sprechen für sich. Das Budget deckt erstens alle Fixkosten, die eine Stadt hat, ab. Das Budget berücksichtigt wichtige Investitionsprojekte, treibt die Stadt aber auch

langfristig nicht in den Ruin und hat drittens ein soziales Gesicht.

Und abseits aller Zahlen und Berechnungen, aber auch Polemiken der letzten Wochen bin ich der Überzeugung, dass die Grazer und Grazerinnen spüren werden, dass es ein gelungenes Budget ist. Abschließend – und glauben Sie mir, das ist jetzt kein Stehsatz – möchte ich danke sagen: Danke allen Mitarbeiter:innen in allen Abteilungen und Beteiligungen, die durch ihre Arbeit dazu beitragen, dass die Stadt Graz eine so lebenswerte Stadt ist. Danke vor allem auch allen Mitarbeiter:innen der Finanzdirektion, die wirklich Großartiges geleistet haben und es dadurch ermöglicht haben, dass dieses gelungene Budget heute vorliegt und beschlossen werden kann. Und danke dir, lieber Manfred, für deine Ruhe, Geduld und Besonnenheit. Und danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit (*Appl.*).

9.2 CO GRⁱⁿ Daniela Gmeinbauer, ÖVP (11.07 Uhr – 11.16 Uhr)

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, geschätzte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und an den Bildschirmen, liebe Grazerinnen und Grazer. Eingangs darf ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses Graz, die an der Erstellung des Budgets mitgewirkt haben, namentlich Herrn Finanzdirektor Mag. Stefan Tschikof und Herrn Michael Kicker und den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich danken. Vernunft, Sorgsamkeit und Zuversicht war der Titel der Präsentation unseres Finanzstadtrates. Die heutige Budgetdebatte findet zum ersten Mal seit langer Zeit unter völlig neuen politischen Voraussetzungen statt. Wir waren es bislang über zwei Jahrzehnte gewohnt, dass ein fachlich ausgewogenes, ideologiefreies und inhaltlich seriöses Budget erarbeitet wurde, das zuvor mit allen Ressortverantwortlichen auf Augenhöhe, auch manchmal hart, diskutiert wurde, aber erstellt wurde (*Appl.*).

Man muss leider sagen, nichts davon ist nunmehr der Fall. Meine Damen und Herren, es gibt diese unvermeidbare finanzpolitische Plattitüde, wie soeben gehört, die so ziemlich bei jeder Rede zum Haushalt bemüht wird und auch heute wieder öfters fallen wird, wonach das Budget in Zahlen gegossene Politik ist. Neben diesem allerdings inhaltlich richtigen Allgemeinplatz werden wir auch heute wieder die heftig strapazierte Leier, und auch das haben wir bereits gehört, vom fehlenden Spielraum hören, der aufgrund vermeintlicher Luftschlösser der Vorgängerregierung entstanden sei. Ein Vorwurf, den Sie zwar beinahe mantraartig wiederholen und wie eine finanzpolitische Monstranz vor sich hertragen, der aber trotz all Ihrer Bemühungen, dieses Bild zu zeichnen, einfach nicht richtig ist. Wie Sie überhaupt bei dieser Budgeterstellung von Grundannahmen ausgegangen sind, von denen Sie wissen mussten, dass sie einfach nicht stimmen, dazu aber später mehr. Ich möchte zunächst der guten Ordnung halber Ihrer politischen Erzählungen über die Finanzgebarung der Vorgängerregierung einfache Fakten entgegenhalten. Die Sie natürlich kennen, aber offensichtlich einfach nicht akzeptieren wollen, da Fakten bei Ihrer finanzpolitischen Stammtischrhetorik einfach störend wären. Daher noch einmal, was Sie in finanzpolitischer Naivität und gleichzeitig bewusster Verfälschung der Tatsachen als Luftschlösser bezeichnen, die Ihnen das Wirtschaften verunmöglichen würden, waren in Wirklichkeit Investitionen in die Zukunft dieser Stadt und ihrer Bewohner:innen. Wir haben von 2012 bis 2021 1,6 Mrd. Euro in den öffentlichen Verkehr, in die Bildung, in die Energiegewinnung, in Klima- und Umweltschutz etc. investiert. Genauer gesagt haben wir 277 Mio. Euro in den öffentlichen Verkehr investiert, wo erst kürzlich im November des vergangenen Jahres von unserer Vizebürgermeisterin die Linie 4 und 6, Reininghaus und Smart City, erfolgreich und fröhlich eröffnet wurden, welche die Vorgängerregierung aber auf den Weg gebracht haben (*Appl.*).

202 Mio. Euro in Bildung, Wissenschaft und Sport, und damit in die Zukunft unserer Kinder. Wir haben 591 Mio. Euro für Infrastruktur, in Strom, Erdgas, Fernwärme, Glasfaser ausgegeben, um weitere Abermillionen Grünraum gesichert, Wohnraum geschaffen, Hochwasserschutz ausgebaut und, und, und.

Und wir haben dies alles zu zwei Dritteln aus Eigenmittel finanziert und langfristige Finanzierungen für generationsübergreifende Investitionen getätigt, und ja, meine Damen und Herren, diesen 1,6 Mrd. Euro, die wir in die Lebensqualität und in die Zukunft dieser Stadt investiert haben, stehen 1,8 Mio. Euro Planungskosten für die von Ihnen so gerne strapazierten Prestigeprojekte gegenüber, und selbst dieser Betrag sichert den Menschen Arbeit und Brot. Und im Übrigen, über die man diskutieren darf und soll. Aber bei der Gelegenheit darf ich sagen, dass es eben nicht reicht, den Spielstand zu verwalten, sondern es eben auch mutig Visionen zu ventilieren gilt, aus denen man dann vielleicht auch einmal kein Projekt umsetzen kann. Und deshalb, liebe Kolleg:innen, ist es vielleicht politisch legitim, all diese wichtigen zukunftsweisenden Investitionen pauschal als Luftschlüsse abzutun. Es ist aber tatsächlich moralisch und inhaltlich äußerst fragwürdig, Schulen, Straßenbahnen, Wohnraum, Umweltschutz, Energieversorgung etc. als Prestigeprojekte abzukanzeln und diese Stadt als sogenannte Schuldenhauptstadt national und international zu brandmarken und schlechtzureden, weil es halt gerade politische opportun ist und man damit eine bequeme Ausrede für die eigenen politische und gestalterische Visions- und Ideenlosigkeit zur Hand hat (*Appl.*).

Aber man muss ja beinahe anerkennend eingestehen, dass die kommunistische Stadtregierung bzw. ihre Spindoktoren in den einzelnen Regierungsbüros tatsächlich ganze Arbeit leisten, wenn sie ihre Zeit hauptsächlich damit verbringen, diesen Spin unter die Leute zu bringen. Da wird nicht auf Fakten geachtet, sondern beinhart eine kommunistische Erzählung getrommelt und das mit derartiger Suggestivkraft, dass es ein Leichtes ist, darauf hereinzufallen. Wenn Sie das Doppelbudget nicht gestaltet hätten, wie Sie es getan haben, das wiederholen Sie wie eine tibetanische Gebetsmühle, die Stadt hätte jeglichen Spielraum verloren. Und bei einem Blick in Ihr eigenes Zahlenwerk stellen wir fest, dass Ihr Finanzstadtrat ein Budget 2020 vorlegt, das ein Nettoergebnis von 32,4 Mio. Euro auswirft und nach Auflösung von Haushaltsrücklagen sogar einen Überschuss nach Rücklagen von 40 Mio. Euro. Ein kommunistisches Wunder also scheint geschehen zu sein, zum ersten Mal in der

Geschichte ist unter kommunistischer Führung mehr Geld in der Kassa als vorher drinnen war, man ist erstaunt (*Appl.*).

Aber so würde sich zumindest erklären, warum die Koalition ihr gießkannenförmiges Füllhorn ausgepackt hat und in der Lage ist, auf Valorisierung zu verzichten, aber spätestens auf den zweiten Blick wird klar, was tatsächlich gemacht wurde. Sie haben nämlich getrickst; um diese zusätzlichen und unserer Meinung nach finanzpolitisch unverantwortlichen Zusatzbelastungen für das Budget darstellen zu können, haben Sie ganz einfach nonchalant die im Verkehrsfinanzierungsvertrag verpflichtend vorgesehene Verlustabdeckung für den öffentlichen Verkehr von geschätzt 80 Mio. Euro einfach nicht budgetiert. Die Folgen daraus sind dramatisch und schlagen schon im nächsten Jahr voll durch. Dann nämlich erleben wir einen Nettogewinn von 97 Mio. Euro, nach Rücklagenbewegung ein negatives Ergebnis von 56,9 Mio. Euro. Der Grund dafür liegt, wie gesagt, schon in der fehlenden Abdeckung der Verkehrsdefizite für 2022 und 2023. Das Eigenkapital der Holding Graz wird unverhältnismäßig ausgehöhlt, deshalb muss 2023 der Beteiligungsansatz um 93 Mio. Euro abgewertet werden. Bis Ende 2026 wird Eigenkapital der Holding Graz also auf 3 % geschrumpft sein. Sie ruinieren mit Ihren finanzpolitischen Taschenspielertricks gerade sehenden Auges den größten städtischen Dienstleister und Arbeitgeber der Stadt Graz und machen das auch noch, obwohl Sie eigentlich wissen müssten, dass gesellschaftsrechtlich dies unhaltbar ist. Wenn Sie also die Holding dazu zwingen, auf die Verkehrsfinanzierung zu verzichten, ohne einen Gesellschafterzuschuss zu gewähren, wie Sie es vorhaben, dann kommt es zu einer verbotenen Einlagenrückgewähr an die Eigentümerin Stadt Graz. Meine Damen und Herren, dadurch werden nicht nur die gesellschaftsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften in der Holding Graz verletzt, sondern auch diverse tragende Prinzipien für die Rechnungslegung. Und wenn Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, hier und heute bei diesem Budget mitstimmen, macht Sie der Finanzstadtrat zu Mittätern bei diesem, aus unserer Sicht, unverantwortlichen Budget (*Appl.*).

Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, es ist tatsächlich ein politischer Offenbarungseid, dass Sie offensichtlich nicht in der Lage sind, nach acht Monaten ein unantastbares und

tadelloses Budget abzuliefern und sogar wissentlich in Kauf nehmen, ein beschönigtes Budgetjahr 2022 hinzudrehen, das neue, nachhaltige finanzielle Belastungen für die Steuerzahler:innen nach sich zieht und bei negativem Ergebnis überhaupt nicht zulässig wäre. Und Sie legen sogar noch eines drauf: Während die Wirtschaft, die Bildungseinrichtungen, die Kulturszene und die Sportvereine ob dieses Budgets völlig zu Recht Alarm schlagen, behaupten Sie, und das hat auch die Vorredner aufgezehlt, völlig entspannt, dass alles mehr budgetiert wäre, alles im Rahmen ist bzw. stellen in Aussicht, im O-Ton: Ja mei', was jetzt nicht budgetiert ist, kommt dann eben in einem Nachtragsbudget. Das heißt, Sie wissen bei heutiger Beschlussfassung schon, dass es nicht reichen wird und legen trotzdem ein Budget vor, als ob nichts gewesen wäre. In der heutigen Kleinen Zeitung legen Sie sogar noch einmal nach, Sie geben zu, dass man sich künstlich ein geschöntes Jahr gemacht hat, indem man das Verkehrsdefizit der Holding nicht abdeckt, Sie gestehen ein, dass es sich beim Valorisierungsverzicht um Symbolpolitik handelt, Sie bekennen ein, dass Sie noch keine Ideen haben, wie Sie mittelfristig wieder auf Überschuss kommen und nennen als einzige Hoffnung für eine Budgetsanierung den Finanzausgleich, obwohl wir seit Jahrzehnten wissen, dass das Ihren Vorgängern bedauerlicherweise auch noch immer nicht gelungen ist. Aber auch da sagen Sie im nächsten Satz, dass Sie daran eigentlich eh gar nicht glauben. Im Grunde und angesichts aller Fakten müssten Sie heute eigentlich sagen, es tut uns leid, wir können es derzeit nicht, wir sind mit dieser Aufgabe überfordert, alles zurück an den Start. Stattdessen aber üben Sie sich in plumpen Schuldzuweisungen an die Vorgänger, betreiben übelste Budgetkosmetik und reine kommunistische Klientelpolitik. Werte Kolleginnen und Kollegen, Budgets bilden gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Prioritäten ab und spiegeln damit auch bestimmte gesellschaftspolitische Leitbilder wider. Sie haben direkte Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Wirtschaft, die Budgetgestaltung und die Verteilung der finanziellen Mittel hat somit verschiedene Auswirkungen auf die Lebensbereiche und die Zukunft von Frauen und Männern, Familien und Kindern und sollten im Regelfall für ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Gleichgewicht sorgen. Mit diesem Budget steht aber fest, Graz befindet sich im Ungleichgewicht. Es ist ja paradox,

während Sie immer wieder von sozialer Gerechtigkeit sprechen, erzeugen Sie mit Ihrer Politik mit diesem Budget genau das Gegenteil, nämlich Spaltung. Mit Ihrer Ideologie hat die realpolitische Wahrheit, dass die Mittel, die Sie nun in diesem sozialpolitischen Platzregen, denn Sie ohne jedwede soziale Treffsicherheit über Graz niedergehen lassen, erst einmal erwirtschaftet werden müsste, aber selbst dahingehend kommt keine Idee. Ihr Budget richtet sich ausgerechnet gegen jene, die mit ihren Betrieben, mit ihrem Einsatz für den Wirtschaftsstandort Graz täglich zur Wertschöpfung beitragen und Steuereinnahmen für diese Stadt lukrieren. Aber Sie verstecken ihr Desinteresse, ja, Ihre Abneigung gegen die Wirtschaftstreibenden in Graz ja nicht einmal mehr. Bedauerlicherweise ist Klubobfrau Braunersreuther heute nicht da, die im Sondergemeinderat letzte Woche zum Thema Verkehr sogar ungeniert öffentlich ausgesprochen hat, die KPÖ hat kein Vertrauen in die privaten Anbieter, die Wirtschaft dieser Stadt. Es ist vermutlich eine Mischung aus politischem Revanchismus und Machtpolitik und eben diesem absoluten Desinteresse an der Wirtschaft und leider auch an der Bildung und an den Kindern, da Sie ausgerechnet in den Ressorts der ÖVP-Stadtreger ein rotes Streichkonzert aufführen und sogar die Sparbücher der Abteilungen ausgeräumt haben. Die Wahrheit ist, noch nie wurde für Bildung, Jugend, Familie, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft so schlecht budgetiert wie unter dieser kommunistischen Regierung. Für Placebo-Politik, die vielleicht kurzfristig Symptome lindert, aber keinesfalls Ursachen bekämpft und leider sogar noch eine Spirale in die soziale Abhängigkeit anfeuert, opfern Sie nicht nur Wohlstand, Sicherheit und ein solides wirtschaftliches Umfeld Sie rauben den Kindern eine stabile Zukunft und Bildungschancen, indem Sie ausgerechnet in der Kinderbetreuung viel zu wenig Mittel zur Verfügung stellen und wir dadurch sogar in Notlagen kommen können, in denen Gruppen von Ganztags- auf Halbtagsbetrieb umgestellt werden müssen. Was das nicht nur für die Kinder bedeutet, sondern auch für die Eltern, und hier vor allem für die Frauen, ist eigentlich atemberaubend. Feministische Politik der Chancengleichheit im Beruf sieht anders aus, meine Damen und Herren, besonders von den Grünen. Wer hätte gedacht, dass ausgerechnet unter grüner Regierungsbeteiligung Frauen um Chancengleichheit im Beruf gebracht werden? Es ist beschämend, dass ausgerechnet

unter einer grünen Vizebürgermeisterin die Menschen, die unter der Corona-Krise besonders zu leiden hatten, nämlich Familien, Frauen, Mütter und Kinder, nur im wahrsten Sinne des Wortes in diesem Budget ausgespart werden. Wobei, was soll man zu Ihnen überhaupt noch sagen? Die Grünen finden sich in diesem Budget ja gar nicht wieder. Umweltschutz, Klimaschutz – Fehlanzeige, so ist z.B. die Dekarbonisierung der Busflotte der Holding abgesagt. Während unter der Vorgängerregierung das strategische Ziel der umweltorientierten Umrüstung der Mobilität in Angriff genommen wurde und die Busflotte durch klimafreundliche Alternativen ersetzt werden sollte, fahren nun unter Verkehrsstadträtin Schwentner weiterhin die stinkenden Dieselmotoren durch die Stadt. Das ist eigentlich ein Treppenwitz der Geschichte. Und die SPÖ, nun der kleine Mehrheitsbeschaffer dieser Koalition, findet sich schon überhaupt nicht, mit keinem einzigen Wahlversprechen mehr in diesem Budget. Ganz im Gegenteil, der Gratis-Kindergarten kommt nicht nur nicht, vielmehr wird die Betreuungssicherheit generell in Gefahr gebracht. Und beim angekündigten Sturmstadion darf man getrost von einem Michi-Ehmann-Luft-Stadion sprechen. Besonders eigentümlich ist allerdings, dass nun mit Zustimmung der SPÖ die Holding und ihre Mitarbeiter:innen massiv in Gefahr gebracht werden, wo doch ausgerechnet Michael Ehmann als Aufsichtsrat in der Holding tätig ist. Ihr Budget, sehr geehrte Regierungsparteien, das in seiner Unverantwortlichkeit und Unausgewogenheit tatsächlich einzigartig ist, bedeutet, dass Graz als Wirtschaftsstandort, als lebenswerte Bildungs- und Familienstadt, als pulsierender und innovativer Kulturhotspot massiv verlieren wird. Wenn Sie von Treffsicherheit sprechen, dann muss man leider davon ausgehen, dass Sie die Kinder, Familien und die Wirtschaft mit aller Härte treffen wollen, und das leider nachhaltig. Wir stehen als ÖVP für ausgewogenere Sozialpolitik, mit und durch Stadtrat Kurt Hohensinner in seiner Verantwortung, als wegweisende Partei für Menschen, die zielgerichtete Hilfe und Starthilfe in ein selbstbestimmtes Leben ohne Almosen bekommen könnten. Sie aber verfolgen einen Weg, der die Menschen in der sozialen Abhängigkeit behält, Armut nicht bekämpft, sondern verwaltet, dieses Budget sollte in seinen Konsequenzen für Wirtschaft, Wohlstand und Bildung ehrlicherweise Armut für alle genannt werden (*Appl.*).

Dieses Budget ist tatsächlich eine Katastrophe für Graz. Der Reputationsschaden für Graz ist angerichtet und enorm, als ÖVP werden wir aber alles in unserer Macht Stehende tun, um wenigsten den Schaden für die Bürger:innen dieser Stadt so gering wie möglich zu halten. Und wenn ich noch einmal die Ankündigungen unseres Finanzstadtrates in Erinnerung rufen darf, Vermögenssteuer als Solidaritätsabgabe, Erhöhung Kanalgebühren, Erhöhung Parkgebühren, Nachschärfen der Angebote durch die Holding Graz, Strukturreform im Haus Graz und die süffisante Aussage, wenn jemand ein Haus baut, dann schaut er zuerst auf den Kanal und erst später auf den Pool. Ich glaube nicht, dass sich Menschen in dieser Stadt verstecken und schämen müssen, die hart und lange dafür arbeiten oder vielleicht sparen, um sich ein kleines Schwimmbad gönnen zu dürfen. Auch darin steckt Wirtschaft, lieber Herr Finanzstadtrat, und das nennt man Kommunalabgabe, wenn sich jemand sowas anschafft. Auch wenn wir als letzte Partei übrigbleiben, wir werden immer jene repräsentieren, die gerne arbeiten, gerne investieren, gerne forschen und wieder den Wohlstand in dieser Stadt ermöglichen. Von Vernunft, Sorgsamkeit und Zuversicht, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, liebe Regierungsparteien, sind wir leider weit entfernt. Ich darf daher für meinen Klub die Entscheidung vorwegnehmen und ankündigen, dass wir dem Doppelbudget keine Zustimmung erteilen werden, sehr wohl aber dem Dienstpostenplan und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe. Vielen herzlichen Dank (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke vielmals, Frau Clubobfrau. Ich darf dich nur noch einmal um einen Moment bitten, liebe Kollegin Gmeinbauer. Das ist selbstverständlich unbenommen, eine Sicht auf ein Budget zu haben und auch eine eigene Haltung, aber ich habe sehr genau aufgepasst und eines bitte ich dich, einfach zurückzunehmen: Du hast wortwörtlich gesagt, der Stadtrat Eber sei hier ein Mittäter, und dieses „Mittäter“, da geht es um eine kriminelle Handlung und da ersuche ich dich, dieses Wort zurückzunehmen.

Ansonsten ist das völlig in Ordnung und frei, aber darum bitte ich dich, dieses Wort zurückzunehmen.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Gut, dann nehme ich dieses Wort zurück, und wir nehmen es als mitschuldig ohne Zuordnung. Danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (11.36 Uhr).

**9.3 GR Dr. Gerhard Hackenberger, Grüne
(11.36 Uhr – 11:59 Uhr)**

GR Dr. **Hackenberger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer im Raum und am Schirm. Geblieben ist mir aus der vorigen Wortmeldung „atemberaubend“, und ich glaube, das trifft es ganz gut. Die Frau Kollegin Gmeinbauer hat in einer geradezu atemberaubenden Art und Weise eine ganze Stadtregierung, einen zuständigen Stadtrat, die Beamtinnen und Beamten, die dieses Budget vorbereitet haben und ihre ganz Arbeitskraft hineingesteckt haben, in einer Art und Weise desavouiert, wie ich es sehr, sehr selten gesehen habe. In Amerika vor ein paar Jahren hat es sowas gegeben. Und ich glaube, dass derartige Anwürfe und derart disqualifizierende und herabwürdigende Äußerungen nicht in ein Stadtparlament gehören (*Appl.*).

Es ist mir nicht in Erinnerung, bei einer öffentlichen Rede bisher Stammtischrhetorik, unverantwortliche Taschenspielertricks und sogar die Zuschreibung des Kriminellen gehört zu haben, das sollte nicht Platz haben in einer politischen Debatte, weil es uns

hier um die Sache gehen sollte und nicht darum, den anderen schlecht zu machen
(Appl.).

Ich kann es mir nicht verkneifen, kurz zu einem Punkt Stellung zu nehmen, das ist diese Geschichte mit der Eigenkapitalentnahme in der Holding. Es handelt sich um die Auflösung einer Rücklage, die dem Eigentümer grundsätzlich nicht verboten ist. Das ist das eine, das Zweite ist, dass diese Praxis hier ja bereits in der Vergangenheit vom Herrn Stadtrat Riegler geübt wurde, der hat zwei Jahre lang hintereinander diese Überweisungen aus dem Verkehrsvertrag nicht vorgenommen ...

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler** unverständlich.*

GR Dr. **Hackenberger**:

Ich habe das sehr wohl gelesen, lassen Sie mich den Satz fertigsprechen, dann werden Sie wissen, was ich dazu zu sagen habe. Sie haben das schon in irgendeiner Weise irgendwo eingezahlt, aber nicht in der Holding, sondern in der GUF, und die GUF ist eine Finanzierungsgesellschaft, die der Stadt Graz kurzfristige Kassenkredite gibt. Das heißt, Sie haben letztendlich das Geld im Kreis geschickt.

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler**: Großmutterzuschuss.*

GR Dr. **Hackenberger**:

Ich meine, das ist auch nicht verboten gewesen, ebenso wenig wie die Vorgangsweise, die die Finanzdirektion und der Herr Finanzstadtrat in diesem Fall gemacht haben. Das ist beides erlaubt (Appl.).

Und ich bin felsenfest davon überzeugt, dass weder Sie in der Vergangenheit noch der Herr Stadtrat Eber heute das deswegen gemacht hat, weil die Kassen ohnehin so voll

sind und wir ja ohnehin kein Geld brauchen. Das ist gemacht worden, weil Geldknappheit herrscht, und die Geldknappheit hat eine Ursache, die länger in die Vergangenheit zurückzeigt (*Appl.*).

Lassen Sie mich kurz die schwierige Ausgangslage zur Erstellung dieses Budgets beschreiben bzw. anreißen. Wir sitzen auf einem Schuldenberg von ca. 1,6 Mrd. Euro, der Schuldenberg wird größer, selbst dann, wenn wir nichts mehr investieren. Das heißt, wir haben ein grundsätzliches Finanzierungsproblem in Graz. Wir haben diese hohen Verbindlichkeiten trotz des Umstandes, dass in der Vergangenheit nur mäßige Investitionen in städtische Lebensqualität getätigt wurden, wobei man schon fairerweise dazusagen muss, dass im Bereich wie Schulausbau, Kinderbetreuung und auch partikulär Straßenbahn einiges an Geld in die Hand genommen wurde. Allerdings wurden auf der anderen Seite viele und hohe kalkulierte Projektkosten deutlich überzogen und viel Geld für Eigenmarketing ausgegeben. Sie mögen Recht haben, dass das im Verhältnis keine Riesenbeträge sind, aber es ist ein Zeichen, und es ist kein gutes Zeichen, im Sinne dessen, dass wir dazu aufgerufen sind, für die Bürger unserer Stadt zu arbeiten (*Appl.*).

Was heute schon angesprochen wurde, ist die sehr erfindungsreiche Hinaufsetzung der Schuldenobergrenze, die völlig willkürlich und wofür es keine rechtlichen Rahmenbedingen gibt, vom Dreifachen auf das Vierfache der jährlichen Einnahmen. Langjährige Praxis davor war das Dreifache, und dass Sie zweimal hintereinander ein nicht ausgeglichenes, negatives Budget vorgelegt haben und einen negativen Jahresabschluss, die die nunmehrige Stadtregierung in die missliche Situation gebracht haben, unter allen Umständen ein positives Ergebnis erzielen zu müssen, um den beschwerlichen und in seiner Auswirkung unbekanntem Weg in die Gemeindeaufsicht vermeiden zu können. Wir haben weiters eine völlige Ausreizung der kurzfristigen Verbindlichkeiten, der sogenannten Kassenstärker, die an sich dafür gedacht sind, dass sie unterjährig Finanzspitzen ausgleichen können, die sich aber inzwischen als mehr oder minder Dauerfinanzierungsinstrument etabliert haben, was zwar grundsätzlich nach dem Statut der Stadt Graz zulässig ist, aber im Prinzip gegen die Idee und gegen das Verbot verstößt, für den laufenden Betrieb Kredite aufzunehmen. Wir haben als

Letztes, und dafür mache ich die Vorgängerregierung keinesfalls verantwortlich, eine Dauerkrise seit fast zweieinhalb Jahren, die Arbeit im Finanzierungsbereich findet in einem äußerst stürmischen Umfeld statt, durch das man die Stadt wohl noch einige weitere Zeit in die Zukunft steuern wird müssen. Wir nehmen die vorgefundene Lage zur Kenntnis und die damit verbundenen Herausforderungen an. Nun, was sind die vom Gesetz vorgegebenen Anforderungen an ein städtisches Budget? Das sind primär drei Dinge: nämlich zum einen ein ausgeglichener Ergebnishaushalt, das steht im § 88 Abs. 4 des Statuts, ein positives Nettovermögen und die Einhaltung der Obergrenze für die Kassenstärker. In der jüngeren Vergangenheit wurde, das habe ich schon gesagt, namentlich in den letzten beiden Jahren, die erste dieser drei Vorgaben mit jeweils negativen Haushaltsergebnissen verfehlt, sodass die Finanzdirektion nun so bilanzieren muss, mehr oder minder, dass sie nicht in einen Konsolidierungsplan hineinläuft. Was ist daran schlecht oder was wäre daran schlecht? Es gibt keine Erfahrungen, man weiß nicht, was passiert, wenn man diesen Weg gehen würde. Man könnte mit viel Fantasie natürlich auf die Idee kommen, dass man unter diesem Aspekt vom Land Steiermark mehr Geld erreichen kann, mehr Zuschüsse erreichen kann. Aber das ist alles andere als sicher und es gibt keine Erfahrungen für diesen Weg; es gab vor langer Zeit einmal eine südsteirische Gemeinde, die diesen Weg gegangen ist, seither gibt es nichts und die Stadt Graz hat das auch noch nicht gemacht. Auch meine Nachfrage beim Rechnungshof hat ergeben, dass man keine Erfahrungen auf diesem Gebiet vorweisen kann. Was die Kassenstärker betrifft, haben wir das Problem, dass durch die Ausweitung, die im letzten Jahr oder im vorletzten Jahr stattgefunden hat, ein sehr hoher Finanzierungsbedarf entstanden ist, sodass man in der mittelfristigen Finanzplanung schon Vorsorge für die Rückzahlung dieser Kassenstärker treffen hat müssen, was Sie im Budget nachvollziehen können. Also wir sind nicht in der Lage, dass wir weiterhin zusätzliches Kapital über diese Quelle aufnehmen, sondern wir müssen an die Rückzahlung denken. Die Frage, die sich daraus ergibt, ist: Was bedeutet das für das zukünftige Wirtschaften im Haus Graz und für die gegenständliche Budgeterstellung? Wir sind der Auffassung, dass wir nicht umhinkommen werden, alle Bereiche zu identifizieren, in denen Einsparungen möglich sind, ohne dass für die

Menschen dieser Stadt schmerzhaft Einschränkungen oder Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen, ihrer Gesundheit, sozialer Lage oder ökologischen Bedingungen verbunden sind. Es wird uns in diesem Zusammenhang nicht erspart bleiben, auch sämtliche städtische Verwaltungseinheiten akribisch zu durchforsten, um im Einvernehmen mit den Abteilungen Einsparungspotenziale auszumachen, wie etwa Doppelgleisigkeiten und dergleichen. Wir müssen zum Zweiten mögliche Aufstockungen von städtischen Einnahmen ohne grundsätzliche Tabus, wie etwa Ausweitung der Parkzonen, Leerstandsabgabe, Zweitwohnsitzabgabe, Bauabgabe, allenfalls auch Anhebung der vergleichsweise relativ niedrigen Strafen für Verkehrsdelikte, Hundesteuer usw. Nun, es ist zweifellos nicht lustig, sondern eine durchaus undankbare Aufgabe, die sich medial absolut nicht gut verkaufen lässt, wenn sich eine Gebietskörperschaft auf die Suche nach Einnahmequellen begibt. Das ist eine Seite. Die andere Seite ist die, dass wir bedenken müssen, in einer Stadt zu leben, die für ihre Bewohner:innen in vielerlei Hinsicht eine wesentliche Verantwortung für deren Wohlergehen hat und die Wahrnehmung dieser Verantwortung eine sehr große finanzielle Belastung darstellt. Nachdem wir leider über keinen reichen Onkel aus Amerika verfügen, sind wir schlicht und einfach darauf angewiesen, das nötige Geld über Steuern, Abgaben und Beiträge zu beschaffen. Wir Grüne stehen in diesem Zusammenhang dafür ein, auch auf der Einnahmenseite mit einem klaren Blick für soziale Verträglichkeiten und Sachgerechtigkeit vorzugehen. Im gleichen Zusammenhang werden wir mit Nachdruck für die Erschließung sämtlicher Geldquellen betreffend Zuschüsse und Förderungen von städtischen Projekten sorgen. Weiters und zuletzt gilt es, geradezu die untragbaren Benachteiligungen von Graz bei den Landesumlagenabzügen und bei der Verteilung von Bedarfszuweisungen zu beseitigen. Außer historischen gibt es absolut keine Gründe, die die Schlechterstellung von Graz gegenüber den anderen kleineren Gemeinden rechtfertigen könnten. Noch dazu, wo Graz im Hinblick auf viele Faktoren, unter anderem tertiäre Bildungseinrichtungen, Zurverfügungstellung von Infrastruktur für Schüler:innen, Studierende etc., vergleichsweise viel höhere Aufwendungen als kleinere Gemeinden zu tragen hat.

Die Willkürlichkeit und Gönnerhaftigkeit, mit welcher die Verteilung von vielen Millionen Euro aus dem Finanzausgleich bei uns erfolgt, erinnert mehr an ein mittelalterliches Lehenssystem als an einen modernen Staat des 21. Jahrhunderts. Das meine ich ganz, ganz ernst. Wenn Sie bei kleinen Gemeinden nachschauen, werden Sie dieses System besser kennenlernen. Wir müssen uns aber schon auch darüber im Klaren sein, dass wir zusätzliche Geldquellen beim Land sicherlich nur dann bekommen können bzw. wir eine Chance darauf haben, wenn wir unsere Hausaufgaben zuvor erledigt haben. Das heißt, wir werden jedenfalls primär alles Einsparungspotenzial nutzen müssen und die vertretbaren und sozial nicht benachteiligenden Einnahmen lukrieren. Schließlich werden wir auch ernsthafte und beharrliche Verhandlungen mit Bund, Land, ÖBB etc. zum Zwecke der Finanzierung der anstehenden Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, wie etwa grenzüberschreitende Radwege, S-Bahn etc., Bahnhof Gösting führen müssen. Wir werden also die Herstellung der Nachhaltigkeit bei den Finanzen, die derzeit jedenfalls nicht gegeben ist, das können Sie dem letzten Rechnungshofbericht auch entnehmen des Hauses Graz, also auf allen möglichen Ebenen betreiben. Und, sehr geehrte Damen und Herren, wir Grüne sind nicht zuletzt dafür bekannt, unsere Projekte, die der Nachhaltigkeit, der Ökologie, der Verbesserung der Lebenssituation von Menschen, dem sozialen Ausgleich und der Gerechtigkeit dienen, unter Beachtung von wirtschaftlichen Aspekten mit größter Beharrlichkeit und Durchschlagskraft zu verfolgen. Das können Sie im Übrigen in jüngerer Zeit live auf allen Ebenen, von Gemeinden über Länder bis zu Staaten, in denen die Grünen regieren oder mitregieren, beobachten (*Appl.*).

Und ich kann Ihnen versprechen, dass auch wir hier in Graz die notwendigen Veränderungen in unserer schönen Stadt vorantreiben werden. Und Sie können, was die bisherige, kurze Arbeit diese Stadtregierung betrifft, unschwer erkennen, dass es uns ernst ist mit unseren Anliegen und Vorhaben, die letztendlich zum Wahlergebnis im September 2021 geführt haben. Das sollte man nicht vergessen, wenn das so heruntergemacht wird heute, wie nämlich Transparenz, Verkehrswende, Verbesserung der sozialen Situation, soziale Gerechtigkeit, grüne Stadt, etc.

Hier zur Erinnerung an die jüngsten Gemeinderatssitzungen einige Dinge, die hier passiert sind:

Wir stellen die abgeschaffte Frauenquote in Aufsichtsräten wieder her, das entsprechende Stück wird dem Gemeinderat im Juli vorgelegt werden.

Zwischenruf GR Ing. Lohr: Warum eigentlich, habt ihr was vergessen?

GR Dr. Hackenberger:

Ich weiß nicht, ich war nicht im Büro. Ich kann Ihnen das nicht sagen. Irgendjemand hat irgendetwas möglicherweise versäumt. Ich kann Ihnen dazu keine Auskunft geben.

Der Zugang zu Gemeindewohnungen wird wieder sozial gestaltet. Die SozialCard wird aufgewertet. Eine Objektivierungsrichtlinie, die ihren Namen verdient, wurde wiederhergestellt. Inhaltliche Wiedererrichtung der Stadt Graz als Stadt der

Menschenrechte erfolgt durch entsprechende Initiativen wie die Umbenennung belasteter Straßennamen, die Aufwertung des Menschenrechtsbeirates und das

geplante Gedenkjahr 2025. Wir gehen, entgegen Ihren Unkenrufen, mit raschen Schritten an die konkreten Vorhaben zur Verkehrswende, statt vermeintliche Visionen

zu kreieren, die erhebliche Mengen an Geld verschlingen und wieder in der Schublade verschwinden. Damit meine ich unter anderem die ohnehin schon oft gescholtene

Tiefgarage unterm Eisernen Tor, die uns den motorisierten Individualverkehr wieder mitten in die Stadt gebracht hätte, die Bewerbung von Olympischen Spielen, Gondeln

an der Mur und auf dem Plabutsch, Mini-Metro ohne Berücksichtigung von Alternativen, dafür mit viel Tamtam. Auch in diese Kategorie gehören die in der

Vergangenheit viel zu üppigen Ausgaben für Sponsoring und Inserate im Rahmen der Unternehmen des Hauses Graz. Und eine vielfach deutliche Überziehung kalkulierter

Projektkosten und hohe Aufwendungen für Eigenmarketing. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang auch an die Zweifel der ÖVP an unseren Plänen für den

Straßenbahnausbau anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung. Sie haben angemerkt,

nicht ohne Häme, dass in den letzten Jahren im Durchschnitt 0,5 Kilometer Straßenbahn pro Jahr gebaut worden sei, sodass unser ÖV-Konzept nicht aufgehen werde und zum Scheitern verurteilt ist. Für mich hat das fast humorvoll geklungen, weil es nichts anderes war als der Versuch, den Stillstand der Vorgängerregierung in den letzten Jahren, was den öffentlichen Verkehr betrifft, 1:1 in die Zukunft zu projizieren. Das war die Vergangenheit. Wir sind gerade dabei, den Stillstand zu beenden. In wenigen Jahren werden Sie sich verständnislos zurückerinnern, dass es eine Zeit gegeben hat, in der in Graz nur ein halber Kilometer Straßenbahn jährlich gebaut worden war (*Appl.*). Allerdings ist es leider unabdingbar, auch in Zukunft zusätzliche Verbindlichkeiten einzugehen, weil ansonsten die zentralen Weichenstellungen für die hoffentlich außer Streit stehende Klima- und Verkehrswende nicht möglich wären. Wir wollen, und wir werden aber mit diesen neuen Schulden wesentlich behutsamer umgehen, als dies bisher gehandhabt wurde, denn es wäre unverantwortlich, die Tatsache, dass die nächsten Generationen das ganze kreditierte Geld zurückzahlen müssen, aus den Augen zu verlieren. Die Verpflichtung der Politik, auch auf die Nachkommenden Rücksicht zu nehmen, hat das Deutsche Bundes-Verfassungsgericht in einer erst vor wenigen Monaten ergangenen Entscheidung sehr eindrucksvoll entschieden. Eine Entscheidung des Österreichischen Verfassungsgerichtshofes mit der gleichen Thematik steht derzeit noch aus. Realistischerweise werden sich alle Regierungen in Europa in näherer Zeit mit dem Gedanken vertraut machen müssen, dass die Sicherung einer lebenswerten Zukunft für unsere Kinder Pflicht und nicht Kür ist, die man nach Lust und Laune gestalten kann (*Appl.*).

Es ist also, was die Neuverschuldung betrifft, Zweierlei zu bedenken. Zum einen ein möglichst geringer Verschuldungsgrad, der die zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten nicht abschneidet. Und zum Zweiten die Verwendung neuer Kredite für das Gemeinwohl, also zum künftigen Nutzen unserer Kinder und Enkel. Sie werden mit einem gewissen Maß an Schulden gut leben können, wenn sie dafür eine lebenswerte, gut erschlossene, grüne, sichere Stadt vorfinden, in der sich alle Bürger:innen wohlfühlen können. In diesem Sinne erscheint es nicht verkehrt, salopp von „klugen“ und „unklugen“ Schulden zu sprechen. Schulden also, die nicht der Vermehrung des

Wohls der Bevölkerung, sondern der Vergrößerung des Egos der handelnden Politiker:innen dienen. Der Großteil der „klugen“ Schulden zeichnet sich noch dazu dadurch aus, dass sie unter anderem eine Vermehrung des Vermögens der Stadt bewirken, wie die Infrastrukturmaßnahmen, der Bau neuer Gemeindewohnungen, Schulen etc.

Das vorliegende Budget, über welches wir heute abstimmen werden, erfüllt nicht nur die formalen gesetzlichen Voraussetzungen, wie einen ausgeglichenen Ergebnisaushalt, ein positives Nettovermögen und die Einhaltung der Obergrenze der Kassenstärker, sondern wird auch den vorhin skizzierten Kriterien der verbesserten Nachhaltigkeit dieser Stadt gerecht. Es ermöglicht der Stadt Graz, die bereits von anderer Seite erwähnten sozialen Themen umzusetzen, aber unter anderem auch nach gut zweieinhalb Jahren, in denen im Rahmen der Radoffensive sehr wenig passiert ist und aus den bereitgestellten Mitteln, unter anderem des Landes, fast nichts abgerufen worden war, den unbedingt notwendigen Ausbau der Radwege mit voller Kraft voranzutreiben, die öffentlichen Verkehrsprojekte inklusive Planung der S-Bahn in Angriff zu nehmen bzw. die Planungsphasen soweit zu vertiefen, dass im Anschluss gebaut werden kann. Massiv in die Verbesserung des Grünraums zu investieren, die dringend nötigen Bäume zu pflanzen, die anstehende und notwendige Verkehrsberuhigung voranzutreiben und große Veränderungen in diversen Platzgestaltungen, Stichwort Griesplatz, vorzunehmen. Kurz, die Stadt Graz zukunfts- und klimafit zu machen. Für all diese Vorhaben gibt es ein ganz erhebliches offenes Projektvolumen von 1,2 Mrd. Euro im Zeitraum bis 2027, welches uns die konkrete Umsetzung all dieser Vorhaben ermöglichen wird.

Damit komme ich auch schon zum Schluss. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute ein ordnungsgemäßes, rechtsrichtiges und verantwortungsvolles Budget zu beschließen. Ein Budget, das nicht nur für diese eineinhalb Jahre bis Ende 2023 gedacht ist, sondern das zukünftige Wohlergehen unserer Kinder und Enkel in den Fokus nimmt, unsere Stadt zukunftsfit in vielerlei Hinsicht macht.

Wir stellen uns damit der übernommenen Aufgabe, für alle Menschen, die hier leben, studieren, arbeiten, aber auch für Menschen, die mit Einschränkungen leben müssen

oder denen es aus sozialen oder gesundheitlichen Gründen nicht so gut geht, ein gesundes, anregendes, ökologisch ausgewogenes, grünes städtisches Umfeld mit einer Vielzahl attraktiver Wohn-, Lern-, Kultur- und Arbeitswelten zur Verfügung zu stellen. Nicht zu vergessen auch ein erstklassiges medizinisches Angebot.

Und wenn Sie für dieses Budget wie auch für die Vorausschau in den nächsten Jahren vor Augen behalten, dass wir bitte, wenn schon notwendig, kluge und keine dummen Schulden machen, dann haben meine heutigen Worte, zumindest für meine Begriffe, ihren Zweck nicht verfehlt. Schlussendlich will ich noch meinen Dank an alle aussprechen, die an der Erstellung dieses Budgets beteiligt waren, in erster Linie natürlich der Mannschaft aus der Finanzdirektion mit Herrn Mag. Tschikof an der Spitze. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

9.4 KO GR Mag. Alexis Pascuttini, FPÖ (12.00 Uhr – 12.19 Uhr)

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, hoher Gemeinderat, werte Vertreter der Presse und sehr geehrte Zuseher. Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein. Heißt es in der Bibel, und das passt zu diesem Budget, aber das passt auch zu den anfänglichen Ausführungen vom Kollegen Hackenberger. Weil wenn ich mir das oft anschau, was Ihre Fraktionskollegen oft so auf Instagram und Facebook posten, wenn Gemeinderäte als grauslich bezeichnet werden, dann bräuchte es da auch einmal Ihre Moralkeule, die Sie hier vorhin auspackt haben (*Appl.*).

Wenn man sich anschaut bei der Wahl im September 2021, da hat der Wähler gesprochen und hat das Machtgefüge in Graz grundlegend geändert. Eine neue Regierung hat sich gefunden aus KPÖ, SPÖ und den Grünen und wurde vieles versprochen, vor allem wurde versprochen, vieles anders zu machen. Die neue Regierung hat dann in einem ersten Schritt Zeit eingefordert, und wenn Sie sich zurückerinnern, diese Zeit waren wir bereit, Ihnen zu geben. Wir haben im Dezember

das Budget mitgetragen, die Vorschreibung, haben gesagt, gut, wenn ihr ein neues Budget erstellen wollt, wenn ihr viele Dinge anders machen wollt, dann geben wir euch diese Zeit. Und deswegen stehen wir jetzt hier im Juni und sprechen über das Budget. In den letzten Monaten war diese Regierung aber leider, so wie wir es gehofft hätten, nicht nur damit beschäftigt ein Budget zu erstellen, sondern sie war auch damit beschäftigt zu kampagnisieren, die Vorgänger schlecht zu machen, irgendetwas auszugraben. Und vor allem, da war die SPÖ sehr, sehr stark, sonst ist sie das eher nicht so, so schreibt die Neue Zeit, ein SPÖ-Blattl: Ein Bericht des Rechnungshofes zeigt exemplarisch, wie schlecht die ÖVP gewirtschaftet hat. Über Jahre hinweg wurden Schulden verschleiert. Dafür nutzte man die städtische Immo-Tochter GBG. Die Stadt verkaufte ihre zahlreichen Immobilien, darunter das Rathaus, diverse Amtsgebäude und sogar Schulen. Dies führte zu einer statistischen Reduzierung des Schuldenstandes, die sich gut in Schlagzeilen verkaufen ließ. Da die Stadt jedoch für die GBG verantwortlich ist, hat sich die Gesamtschuldenlast nicht verringert, sie stieg im Gegenteil sogar auf 1,7 Mrd. Euro an. Als Nagl im Jahr 2003 die Führung der Stadt übernahm war der Schuldenberg keine 500 Mio. Euro hoch.

Jetzt kennen Sie mich doch schon einige Zeit, und ich bin nicht der Pflichtverteidiger der ÖVP, da liegt mir wenig ferner. Aber wie Sie hier gearbeitet haben in den letzten Wochen, vor allem die SPÖ, das ist schäbig, muss ich wirklich sagen. Das ist ein plumpes Draufhauen auf frühere Verantwortliche, ein plumpes Draufhauen, ohne das auch in Relation zu setzen. Und man muss auch eines dazusagen, man kann sowas ausgraben, draufhauen, wenn man selbst besser macht, nur in den nächsten Jahren da explodiert der Schuldenstand. Und es ist nicht schön, was von 2003 mit 500 Mio. Euro bis heute 1,6 Mrd. Euro passiert ist, keine Frage, aber in den nächsten Jahren sehen wir uns die Zahlen an. 800 Mio. Euro im Jahr 2005, 1,6 Mrd. Euro Schulden aktuell, Verdoppelung der Schulden im Zeitraum 2005 bis 2022. Schauen wir uns jetzt die mittelfristige Finanzplanung dieser Koalition an, dann sehen wir eine Entwicklung des Finanzschuldenstandes wie folgt: Dann haben wir heute, am 30.5.2022, oder zumindest der Stand, den ich hernehme, 1,59 Mrd. Euro, am Ende des Jahres 2023 sind wir schon bei 1,9 Mrd. Euro, 2025 2,2 Mrd. Euro und 2027 sind wir dann schon bei

2,4 Mrd. Euro, geplant. Bei den Schulden ist es immer so, die werden wahrscheinlich höher liegen, das ist keine verantwortungsvolle Schuldenpolitik. Und ich kann da eines auch dazusagen, vielleicht auch an die KPÖ, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, den gibt es schon ein paar Jahrzehnte nicht mehr, der wird uns nicht heraushelfen aus der Schuldenmisere, wenn es dann irgendwann gewaltig kracht und wir nicht mehr herauskommen. Und man muss auch dazusagen, wenn man jetzt den Banken und den Versicherungen, wie heute passiert, die Schuld zuschieben will, dann muss man sagen, ich bin sehr, sehr froh, dass in Westeuropa Banken und Versicherungen Wirtschaftstreiber waren, die waren der Aufbau dieses freien Marktsystems, von dem wir alle sehr, sehr gut profitiert haben, von dem wir alle auch sehr, sehr gut leben. Und ich möchte jetzt nicht den Banken und den Versicherungen diese Schuld zuschieben, es waren immer Politiker, die diese Situationen herbeigeführt haben. Und wenn wir dann reden von großen Entwicklungen, die Ukraine oder auch die steigenden Gaspreise, dann sind es wieder Politiker, die diese Situation herbeigeführt haben.

Unverantwortliche Kriegsherren, keine Frage, aber auch in der Europäischen Union Sanktionspolitiker, die ohne einmal nachzudenken, was das für die Bevölkerung heißt, ihren Lobbyisten nachlaufen uns sagen: Sanktionen, Geschäfte mit den USA, Geschäfte mit Katar, und das glaube ich, liebe KPÖ, dass es gerade in eurer Partei sehr, sehr viele gibt, die das auch so sehen, und das müsst ihr auch ansprechen (*Appl.*).

Wenn wir uns das Budget anschauen, dann sehen wir zwei Dinge: Der Schuldenstand steigt und die Investitionen sinken. Das ist nicht gut, das ist wirklich nicht gut, wenn die Investitionen sinken, die sinken über die Jahre kontinuierlich und die Schulden steigen schon bald exponentiell. Das ist wirklich ein Wahnsinn. Investiert wird, wie heute schon gesagt wurde, in die SozialCard. Und da stoßt es mir ein bisschen sauer auf, wenn man sagt, man investiert in die SozialCard. Die SozialCard sollte doch bitte nicht etwas sein, wo wir hineininvestieren, das sollte etwas sein, das wir haben, wenn etwas schief läuft. Aber es sollte jetzt nicht gut sein, wenn wir plötzlich das Doppelte an SozialCard-Beziehern haben, das ist ja nicht positiv, das ist für die Stadt sehr, sehr schlecht, weil das eigentlich ein Indikator ist, dass es schlecht läuft; wenn die Armut steigt, ist das nicht positiv. Und mit der SozialCard hier zu sagen, das ist ein

Investment, das sehen wir ganz, ganz anders. Auch ein Investment in die Stadtteilarbeit, das ist kein Investment. Was fließt denn von dieser Stadtteilarbeit zurück? Und ich kenne diese Projekte, ich war auf der Bezirkspolitik aktiv, habe mir auch in den letzten Wochen sehr, sehr viele Projekte angesehen. Da versorgen Sie Ihre Klientelen, das muss man ganz klar so sagen. Und wenn man sich, und das würde ich gerne einmal haben, wenn man sich anschaut, wie viele Leute dieses Angebot der Stadtteilarbeit nutzen und dann die Kosten in Relation setzt, dann bin ich sehr, sehr gespannt, ob wir da nicht auch einsparen könnten. Und Einsparen, das ist ein gutes Stichwort, weil, und das muss man ja zugutehalten, man hat ja in den letzten Wochen ein bisschen vorgearbeitet und hat schon Sparmaßnahmen präsentiert, und gegen Maßnahmen, gegen diesen Schuldenkollaps. Und wenn man so vor allem die Kleine Zeitung liest, dann liest sich das sehr, sehr gut. Am 22.6.2022 schreibt die Kleine Zeitung reißerisch: Grazer Koalition streicht Gage für Politiker in Aufsichtsräten. Das gefällt den Leuten hier draußen, die sagen, super, die Gagen für die Politiker in Aufsichtsräten, die streichen wir. Die Dreierkoalition regelt die schon unter Schwarz-Blau geänderten Richtlinien für Aufsichtsratsmandate neu. Was ist neu ist, unter Schwarz-Blau erhielten aktive Gemeinderäte eine Extragage, das streicht Finanzstadtrat Manfred Eber nun, der das Stück morgen in den Gemeinderat einbringt. Was manchen fehlt, dass auch die Extragage für Holdingmitarbeiter gestrichen wird. Aber dazu muss man halt sagen, wie viel diese Sparmaßnahme wirklich bringt. Weil grundsätzlich, da bin ich bei euch, da kann man darüber diskutieren, ob wirklich Politiker in Aufsichtsräten noch ein Gehalt beziehen müssen, da kann man darüber diskutieren, da gibt es die eine Meinung, die andere Meinung. Nur den Leuten das als große Sparmaßnahme zu verkaufen, wo im Endeffekt dann einzig und alleine in der Holding der Michi Ehmann 200 Euro weniger bekommt, das ist ja keine Sparmaßnahme bei 2,4 Mrd. Euro, wenn der Michi Ehmann 200 Euro weniger bekommt (*Appl.*). Das ist eine reine Show-Politik, und wenn man sich dann anschaut, auch vorhin sind schon ein paar Schlagworte gefallen, wenn man sich anschaut die Dienstwägen, alle vier sind jetzt eingespart worden. Also die 2,4 Mrd. Euro sinken schon wieder weiter herunter. Wir müssten eigentlich hier ein Rechenboard aufstellen, die 200 Euro vom

Michi Ehmann aufschreiben, die vier Dienstwägen, und dann kommt noch dazu die Klubförderung, 100.000 Euro im Jahr. Wo sind wir? Bei 300.000 bis 400.000 Euro eingespart. Das ist etwas, wo ich sage, damit werden wir das Budget nicht sanieren. Heute war der Stadtrat Eber in der Kleinen Zeitung, hat auch gesagt, er hat schon eine Idee, den Finanzausgleich neu zu regeln. Im nächsten Satz sagt er, naja, er hat keine große Hoffnung, dass da was passiert. Da tu ich mir auch schwer, dass ich dann großes Vertrauen habe, dass wir darüber uns sanieren. Die Beteiligungen, da sollte man effizienter arbeiten und Synergieeffekte nutzen. Konkret würde ich gerne wissen, wie viel kann man da rausholen, wie viele Milliarden sind das? Ich bezweifle, dass es Milliarden sein werden. Sind es Millionen? Weiß ich nicht, wahrscheinlich auch nicht. Und dann kommt aber die beste Idee, die Parkraumbewirtschaftung, hat auch die Kollegin Gmeinbauer heute schon sehr, sehr treffend abgefragt, was mit den vielen Parkplätzen passiert. Die fallen in Graz reihenweise weg, aber über die Parkraumbewirtschaftung da werden wir uns sanieren. Die Stadträtin Schwentner hat heute schon gesagt, die Preise, die gehen nach oben, da werden wir die Autofahrer, die sind eh gering belastet im Moment, noch ein bisschen weiter belasten. Aber von wie vielen Millionen sprechen wir da, oder sind es gar Milliarden oder sanieren wir hier alles? Ist das unser Weg, den öffentlichen Verkehr auszubauen, indem wir jetzt die Parkraumbewirtschaftung hier zur neuen Cash-Cow von Graz machen? Ich weiß es nicht, das ist für mich alles sehr, sehr dubios. Und vor allem, es ist ja auch etwas, was die Kleine Zeitung dem Stadtrat dann auch entgegengehalten hat, tatsächlich haben Sie ja gespart, und zwar symbolträchtig bei der Parteienförderung, beim Marketing, die Summe ist aber mit wenigen 100.000 Euro überschaubar. Und wenn wir jetzt wieder an das Rechenboard denken, 500.000 bis 600.000 Euro, die da eingespart worden sind, genau diese Summe, oder sogar mehr, haben diese unnötigen Umsiedlungskosten innerhalb des Rathauses verursacht (*Appl.*).

Jetzt haben wir gut eingespart und leider das Geld schon wieder ausgegeben, und dann haben wir aber leider sogar Verschlechterungen herbeigeführt, weil eines muss ich schon sagen, und das ist jetzt keine persönliche Befindlichkeit, sondern das ist eine Tatsache, zu einem politischen Büro sollte jeder Mensch einen Zugang haben. Ein

gehbehinderter Mensch kommt zu mir nicht in den Gemeinderatsklub über diese Winkeltreppe, die wir hier haben. Ins Stadtratsbüro von der Claudia Schönbacher kommt auch niemand rein, der gehbehindert ist. Das ist nicht fair. Ich glaube auch, dass die Kosten für den Umbau, dass man das behindertengerecht macht, im Budget auch nicht enthalten ist. Also wenn wir das auch noch machen würden, dann sind wir schon im Minus, dann haben wir zwar 600.000 bis 700.000 Euro eingespart, aber schon viel, viel mehr ausgegeben. Die Schulden steigen von 1,6 Mrd. Euro auf 2,4 Mrd. Euro, die Investitionen sinken. Aber man muss dann auch konkret sagen, was heißt das für Grazer hier draußen? Die Schulden sind immer etwas Abstraktes und leider ist es sehr, sehr vielen Menschen egal, wenn die Schulden steigen. Naja, ich muss es ja eh nicht zurückzahlen, auf mich hat das keine Auswirkungen. Aber da sind Sie unehrlich, weil es hat Auswirkungen auf die Menschen. Wir erleben gerade eine steigende Inflation, die wirklich, wirklich arg ist und die Stadt Graz, wir alle im Gemeinderat, können darauf nicht mehr reagieren. Wir haben einen Antrag im Gemeinderat gehabt von der Kollegin Astrid Schleicher, die hat gesagt, 35 % runter bei Kanal- und Müllgebühren, konnte man sich nicht leisten. Ich glaube, die KPÖ wollte es, aber man konnte es nicht leisten. Das ist die Tatsache. Und mit so einer Schuldenpolitik, die man hier vorantreibt, kann man sich dann viele Dinge in Zukunft nicht mehr leisten. Schauen wir zum nächsten Punkt, auch etwas, was viele betrifft, woran man nicht denkt: der Beleuchtungsnotstand, den es seit vielen, vielen Jahren gibt. Die Beleuchtungen in der Stadt Graz sind auf Erhalt ausgelegt, mehr können wir uns nicht leisten. Gibt es ein paar dunkle Plätze, naja, dafür fehlt das Geld. Es fehlt auch in den kommenden Jahren. Wenn wir uns die Bezirksdemokratie anschauen: Bezirksdemokratie ausbauen, da waren wir, glaube ich, alle dafür. Aber das soll nichts kosten, weil weder kann mit diesem Budget eine kräftige Erhöhung der Bezirksratsbudgets erfolgen, noch können wir irgendwann einmal Sitzungsgelder auszahlen für diejenigen, die wirklich eine tolle Arbeit im Bezirksrat leisten, das geht sich mit dem Budget alles nicht aus. Wenn wir weiterschauen, auch zum Hochwasserschutz, haben wir heute schon gehört, das finde ich ja grundsätzlich gut, die Stadt ist nicht zuständig, aber wir können ja trotzdem was tun, haben trotzdem etwas getan. Naja, mit mehr Geld, mit einer

verantwortungsvolleren Politik könnte man in dem Bereich auch mehr tun, wenn das Land nichts tut. Und dann zum großen Brocken öffentlicher Verkehr, da haben wir in den letzten Wochen diskutiert ohne Ende, und die Grazer, denen rinnt schon das Wasser im Mund zusammen, was da alles kommt, nämlich alles, es kommt alles. Und da hat man das so dargestellt, auch im Sondergemeinderat, wie unverantwortlich doch ein Bürgermeister Nagl war und die Vorgänger, dass das alles nicht schon da ist, was jetzt kommt, diese verantwortungslosen Menschen haben nicht alles gebaut, was jetzt kommen wird. Warum haben sie es nicht gebaut? Weil sie das Geld vom Bund nicht bekommen haben. Sie haben das Geld vom Land nicht bekommen und die Stadt hat das Geld selbst auch nicht, deswegen werden diese Riesenvarianten, die ihr hier versprochen habt, um 3 Mrd., 4 Mrd., 5 Mrd. Euro, die werden nicht kommen, weil wir es uns nicht leisten können und weil es sich die Ebenen darüber ja auch nicht leisten können. Dank einer unverantwortlichen Schuldenpolitik der letzten Jahre, der letzten Jahrzehnte, das muss man ganz klar so sagen. Aber ihr, die Koalition, ihr versprecht den Leuten alles und die Leute da draußen denken jetzt: Super, jetzt kommt bald ein S<-Bahn-Tunnel, der wird gebaut, warum hat es denn der Nagl früher nicht gebaut? Wollte er nicht? Naja, er konnte nicht, muss man auch dazusagen. Und Argument noch dazu, Herr Kollege Hackenberger, Sie haben gesagt, die Mini-Metro ist da durchgepeitscht worden ohne Alternativen. Das ist Unwahrheit, weil noch unter Schwarz-Blau hat man diese Studie in Auftrag gegeben, die jetzt die verschiedenen Varianten des Ausbaus des Verkehrs hergelegt hat. Jetzt liegt die Studie da, weil es die Koalition früher, einstimmiger Stadtsenatsbeschluss, das beschlossen hat. Also kann man nicht sagen, dass da jetzt ein Variante durchgepeitscht worden ist, das muss man schon dazusagen. Wenn man über den öffentlichen Verkehr redet, dann kommt man irgendwann auch zur Holding, und das ist der kommunale Daseinsversorger. Wenn man sich jetzt anschaut, was da passiert, dann kann man sagen, dass die Holding umgebracht wird, wenn das so weitergeht. Das muss man ganz drastisch so sagen. Und da finde ich die Zitate in der Kleinen Zeitung nicht beruhigend, wenn jemand sagt, naja, sie liegt ja noch bei 20 % die Eigenkapitalquote, 2023 da liegt sie ja noch bei 20 %. Man muss ich halt anschauen, wo liegt sie zwei Jahre davor? Bei 38 %. Und dann muss man

Daumen mal Pi rechnen, wo liegt sie zwei Jahre danach? Nämlich unter 8 %, und dann haben wir ein Riesenproblem. Und wir setzen das jetzt weiter aus. Der Vertrag wird nicht eingehalten, der geschlossen worden ist, das Geld hätte die Holding ja eigentlich vertraglich bekommen müssen und müsste sie bekommen, sie bekommt es aber nicht. Und jetzt stelle ich mir die Frage, was ist der große Plan dahinter? Was ist der große Plan, wie kommen wir aus dieser Situation irgendwann wieder heraus? Wird man Mitarbeiter reduzieren in der Holding? Stelle ich in den Raum, frage ich, hätte ich gerne eine Antwort. Wird man vielleicht irgendwann sagen, wir müssen die Taktung zurückfahren, der Bus fährt halt nicht mehr alle 5 Minuten, er fährt alle 10 Minuten, alle 20 Minuten, sonst geht sich das nicht mehr aus. Oder ist es der Plan, die Holding zu verstaatlichen, zu verstadtlichen? Gibt es dann eine Verkehrskolchose mit dem Vorsitzenden Michi Ehmann (*Gelächter im Saal*)?

Das ist die Frage, die ich hier stelle. Aber da warne ich, dass diese Steuervorteile, die diese Holdingkonstruktion mit sich bringt, dann weg sind, davor warne ich. Und überhaupt muss ich hier dazusagen, lieber Michi Ehmann, als Gemeinderat wirst du halt dieses Budget mittragen, trägst du es auch als Aufsichtsrat mit? Das ist die Frage. Weil als Aufsichtsrat hast du eine besondere Verantwortung. Politiker können entscheiden, hier hinausgehen und es ist egal, und als Aufsichtsrat hat man eine andere Verantwortung. Wenn wir uns weiter anschauen, und das muss man auch sagen, es sind heute schon die stinkenden Busse gefallen, die mit Diesel fahren. Naja, man muss schon sagen, ich bin sehr, sehr froh, dass wir die noch haben und dass wir die noch ein paar Jahre haben werden, auch wenn der Diesel teuer ist. Der Strom wird auch teurer. Wie sollen wir uns das alles leisten? Und bei der Diesel-Flotte habe ich halt ein gewisse Kalkulierbarkeit, weil die fahren halt schon 30 bis 40 Jahre, da weiß ich, wie lange die Modelle halten. Bei den E-Bussen weiß ich das nicht, die tausche ich vielleicht alle drei bis vier Jahre aus. Das können wir uns aber nicht leisten. Das Ding kostet 650.000 bis 700.000 Euro und der Diesel kostete 300.000 Euro. Das muss man sich auch einmal bei allen Klimaschutzgedanken vor Augen führen. Und die Sache ist immer die, Klimaschutz muss man sich auch leisten können, das darf nicht auf Lasten anderer gehen. Wir sehen es auch bei der CO₂-Bepreisung, wenn das jetzt in den

Oktober hinausgeschoben wird, aber kommt sie wirklich, die CO₂-Bepreisung? Das ist ja utopisch, gerade im Oktober und im November geht es erst richtig los mit der Verarmung und mit dem sozialen Abstieg vieler, vieler Österreicher, die früher in der Mittelschicht waren, das muss man so sagen. Bei den Mitarbeitern, da steigen die Personalkosten sehr behäbig. Ist damit die Inflation abgedeckt? Nicht die Inflation, die wir 2014 gehabt haben, von 2,4 %, sondern die Inflation, die jetzt kommt, 7, 8, 9 oder vielleicht 10 %, zweistellig. Ist das hier berücksichtigt? Weil eines ist auch klar, und das müsst ihr machen, dass es eine Inflationsabgeltung zumindest gibt, mindestens eine Inflationsabgeltung; beträgt die Inflation 9 %, muss es 9 % geben, dann haben die Leute zwar nicht mehr, aber zumindest hat man ihre Kaufkraft irgendwie erhalten. Zum Abschluss möchte ich noch kurz sagen, was hätten wir Freiheitliche uns gewünscht? Zum einen, dass man sich nicht so beschneidet und keine Möglichkeiten hat, der Teuerung entgegenzuwirken in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren, das können wir uns nicht leisten. Unser Antrag, den wir im April eingebracht haben, den müssten wir jetzt wahrscheinlich schon höher ansetzen, keine 35 %, sondern 50 oder 60 %, weil es einfach den Leuten da draußen nicht sehr, sehr gut geht. Und wir hätten uns auch eine ehrliche Analyse gewisser Kosten gewünscht auf Bundesebene, auf Landesebene, aber auch in der Stadt Graz, und darf ich jetzt die Generalsekretärin der ÖVP zitieren, die Laura Sachslehner, die hat etwas sehr, sehr Kluges gesagt vor wenigen Wochen: Insgesamt wurden heuer bereits um die 16.000 Asylansuchen gestellt, und das nur im ersten Jahresdrittel, die allermeisten Asylwerber stammen aus Afghanistan und Syrien, damit leidet Österreich an der pro Kopf zweithöchsten Belastung durch Asylanträge in gesamten EU. Und was meint sie mit leiden? Das muss man einmal ausführen. Da meint sie nicht die Menschen, die aus der Ukraine flüchten, die flüchten innerhalb von Europa vor einem brutalen Krieg, die sind damit nicht gemeint, es ist zu Zuwanderung seit 2015 gemeint, die uns auch sehr viel kostet. Die kostet uns im Bereich der Integration sehr, sehr viel, und wenn die Integration nicht gelingt, dann kostet sie uns im Bereich Kriminalitätsbekämpfung, Vandalismusbekämpfung sehr, sehr viel, das muss man auch dazusagen. Das sind sehr, sehr hohe Kosten. Können wir uns das in Zukunft noch leisten? Da sagt die freiheitliche

Partei schon seit Jahren, nein, das können wir uns nicht leisten und wir müssten einmal schauen, dass die Menschen, die in diesem Land jetzt leben, auch in Zukunft noch ein gutes Leben haben werden (*Appl.*).

Zusammenfassend kann ich Ihnen sagen, die freiheitliche Fraktion wird diesem Budget nicht zustimmen und ich gebe allen, die das heute trotzdem tun werden, etwas mit auf den Weg: Die Zukunft hängt immer davon ab, was wir heute tun, und heute begehen Sie einen schweren Fehler, den dann wieder zukünftige Generationen, zukünftige Verantwortungsträger ausbaden werden müssen, das ist leider die traurige Wahrheit (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (12.20 Uhr).

**9.5 KO GR Michael Ehmann, SPÖ
(12.20 Uhr – 12.35 Uhr)**

KO GR Ehmann:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, liebe Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, werte Gäste im Rathaus und via Stream. Bevor ich zur sachlichen Abhandlung des Budgets kommen mag, darf ich doch ein paar Anmerkungen treffen, weil gerade der Kollege Pascuttini von der FPÖ hier einiges strapaziert hat im Zusammenhang mit dem Budget. Da würde ich das für mich politisch so bewerten, FPÖ Graz und Budgetverantwortung, wenn man unmittelbaren Medienberichten der Vergangenheit Glauben schenken darf, dann würde sich das fast ausschließen, weil die scheitern schon alleine an der Verwaltung der Klubmittel, also dazu möchte ich gar nichts mehr sagen (*Appl.*).

Und auch die ÖVP hat natürlich das eine oder andere ins Treffen geführt. Wenn ich mir die ganze Sache da angehört habe heute, dann denke ich mir auch, dieser Beisatz sei

mir erlaubt mit einem Augenzwinkern, aber manchmal wäre es vielleicht auch heute bei solch steigenden Corona-Zahlen nicht schlecht, wenn man wieder zwingende PCR-Tests einführen würde, weil die eine oder andere Rede ist möglicherweise doch vielleicht mit ein bisschen Fiebereinfluss formuliert worden. Und daher möchte ich jetzt wirklich zur Sachlichkeit zurückkehren. Ich glaube, dass das wichtig ist, auch im Rahmen eine Budgetrede hier die Sachlichkeit, wie gesagt, in den Vordergrund zu stellen. Und die politische Auseinandersetzung ist klar, das ist auch logisch, es ist auch das richtige Auditorium dafür, aber sei es drum, wie gesagt, kommen wir wieder auf den Boden der Sachlichkeit. Das Budget, eine in Zahlen gegossene Politik: Dieser Satz wird immer strapaziert, das stimmt. Aber er ist auch richtig und er ist auch heute wieder richtiger denn je. Denn dieser Voranschlag, muss ich ganz ehrlich sagen, zeugt nicht nur davon, wohin diese neue Koalition in Graz gehen will, wie KPÖ, Grüne und SPÖ unsere Stadt sozialer, klimafreundlicher und demokratischer machen wollen. Dieser Voranschlag spiegelt selbstverständlich auch die Politik der vergangenen Jahre wider. Gutes wie Schlechtes, Vorausschauendes wie auch Versäumnisse. Und eines kann ich dem ehemaligen Finanzstadtrat leider nicht unbedingt ein Ruhmesblatt für diese Bilanz geben. Schlechtes deshalb, warum habe ich das angesprochen, war heute auch schon kurz einmal Thema, weil durch unsinnige Großprojekte sehr viel Geld in den Sand gesetzt worden wäre, wenn es so zur Durchführung gekommen wäre. Ich sage das nur deswegen im Konjunktiv, Unsinnigkeiten wie Olympia, Murgondel, Plabutschgondel oder auch die Mini-Metro, um nur einige zu nennen, die zum Teil sogar zu Milliardengräbern geworden wären, dank einer kräftigen Opposition aus Grünen, KPÖ und SPÖ wurde das noch glücklicherweise den Grazerinnen und Grazern erspart. Wobei wir uns heute sowieso die Frage stellen müssen, denn wie diese Millionen und Milliarden überhaupt aufzubringen gewesen wären, also das wäre ja sowieso interessant gewesen, wenn das wirklich schlagend geworden wäre. Also das wäre noch viel dramatischer gewesen, als sich die Situation jetzt darstellt. Und da muss man dann schon die schwarz-blaue Luftballonfabrik, so nach dem Motto, es ist eh nichts passiert, schon ein bisschen wegtun, weil die Olympia-Bewerbung beispielsweise kostete trotzdem rund 700.000 Euro, 1,5 Mio. Euro die

Plabutschgondel, ein paar Hunderttausend flossen in die U-Bahn-Projektierung. Also es ist nicht so, dass alles kostenlos war. Und da läppert sich schon zusammen, ein bisschen dort, ein bisschen da, und da läppern sich die Ausgaben zusammen. Und der Stadtrechnungshof attestiert ja nicht von ungefähr im Zusammenhang mit dem Kassasturz, also spricht dem Rechnungsabschluss, dass es hier doch ein strukturelles Problem gäbe und eine besorgniserregende Entwicklung, und das nicht erst jetzt, sondern das schon seit längerer Zeit, also schon vor Pandemie-Zeiten in Wahrheit ist das schon ein Thema gewesen und dem müssen wir uns schon einmal stellen. Weil wenn mittelfristige Budgetplanungen schon von Haus aus ein Minus ausweisen, dann kann man nicht sagen, es passt schon alles, also wir müssen dann schon irgendwie ins Tun und ins Handeln kommen, das hier quasi abzuwenden bzw. ein strukturelles Problem anzugehen und zu ändern. Ja, wir stehen finanziell unter Druck, das ist so, aber ich glaube auch, ein Stück weit dadurch über Jahre eine ernste Aufarbeitung der Einnahmen und Ausgaben von der Politik vielleicht doch nicht so stark in den Fokus gerückt ist oder war, wie es sein hätte sollen. Denn angesichts der bedrohlichen finanziellen Schieflage der Stadt, wie sie durch den Stadtrechnungshof ja auch bestätigt wurde, wobei die Finanzdirektion ebenso wie beigezogene externe Fachleute in den Verhandlungsrunden eindringlich hinwiesen, war es natürlich schon eine enorme Herausforderung, dieses Doppelbudget für 2022 und 2023 auszuarbeiten. Und zwar einen Voranschlag, der unseren Ansprüchen wie auch den Erwartungen der Grazerinnen und Grazer, die diese Koalition ja letztendlich überhaupt erst mehrheitsfähig gemacht haben, auch nicht ohne Grund offensichtlich, gerecht wird: nämlich Graz sozialer, klimafreundlicher, demokratischer, transparenter zu machen. Und der gleichzeitig mit so viel Fingerspitzengefühl und Verantwortung ausgearbeitet ist, dass unsere Stadt nicht weiter in ein finanzielles Abenteuer manövriert wird. Das Gute ist: Vieles ist trotz dieser schwierigen Ausgangslage gelungen. Im laufenden Haushalt gibt es entgegen den vielen anderslautenden Aussagen zum Trotz eben nicht in diesen Bereichen diese Kürzungen. In essentiellen Bereichen wie Soziales, Kinder, Jugend und Familie, Gesundheit, Zusammenleben und Umwelt und Verkehr konnten die Budgetansätze schon angehoben werden. Und das ist richtig und wichtig aus

unserer Sicht. Wir werden den Zugang zur SozialCard erleichtern und die Angebote ausweiten. Zwar nicht in dem Ausmaß, in dem es angesichts der Teuerung eigentlich dringend notwendig wäre, aber schon so, dass es hier Möglichkeiten der Hilfestellung gibt, da ja auch natürlich die budgetären Möglichkeiten durchaus begrenzt sind. Aber auch hier, glaube ich, ist es ein gesellschaftspolitischer wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Und da stimme ich dem Kollegen Pascuttini schon zu, der sagt, es ist eigentlich nicht toll, wenn wir die SozialCard hier anheben müssen, um noch mehr Menschen Hilfeleistungen geben zu können. Das ist natürlich nicht toll, aber es entspricht einer Entwicklung, die es gibt und es ist eben bedingt durch Krise, Teuerungen und Pandemie und, und, und dem geschuldet, dass hier viel mehr Menschen in eine Schieflage kommen als früher und denen muss auf jeden Fall geholfen werden, und deshalb sehen wir das auch als sinnvollen Schritt.

Selbstverständlich ist aus unserer Sicht eine Erhöhung der schulautonomen Mittel für sogenannte Brennpunktschulen auf Basis der Berechnung des Sozialindex ein Muss, das wurde vom Gemeinderat beschlossen, die Budgetansätze im Bildungsbereich wurden ja auch erhöht. Da sehen wir jetzt den zuständigen Referenten gefordert, seine Budgetplanungen daran zu orientieren, das wirklich Notwendige auch machbar zu machen: Stichwort die administrative Unterstützung für die Direktor:innen.

Ähnliches gilt für die Kinderbetreuung. Jahrelange Versäumnisse lassen sich jetzt nicht auf kurzem Weg ausgleichen. Vieles ist nicht erst seit November 2021 entstanden; wenn ich erinnern darf, das sind schon Problemfelder, die seit Jahren mitgeschleppt wurden, auf die wir im Gemeinderat durchaus oft hingewiesen haben. Vergebens.

Die Vehemenz, mit der jetzt Kollege Hohensinner die Millionen dafür einfordert, verwundert insofern, als wir in den vergangenen Perioden diese Deutlichkeit gegenüber seinem ÖVP-Finanzreferenten zumindest in der Öffentlichkeit nicht erlebt haben. Aber so wie wir übrigens jetzt auch im Bereich der Sozialarbeit eine schwer wiegende Erblast aufarbeiten mussten, die zu einer immer dünneren Personaldecke führte. Wir haben jetzt in Übereinstimmung mit den Sozialarbeiter:innen und der Personalvertretung ein Modell entwickelt, das durch höhere Einstiegsgehälter dem Landesschema angeglichen ist, was ein wichtiger Schritt ist, um hier auch quasi wirklich

die Sozialarbeit wieder in den Vordergrund zu rücken und hier keine Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an das Land verlieren, da das Landesschema hier natürlich deutlich besser war. Dass es in der Pflege dringenden Handlungsbedarf gibt, ist ebenfalls unbestritten Altern in Würde ist ein Thema, das von größter Bedeutung ist, das mehr braucht als Lippenbekenntnisse. Eines der größten Themen unserer Zeit: Klimaschutz. Wir müssen selbstverständlich global denken, das steht völlig außer Frage, aber unbedingt auch lokal handeln. Unser Umweltamt hat ein hervorragendes Klimaschutzpaket entwickelt: Stadtgestaltung, Grünraum, Verkehr sind dabei wesentliche Eckpunkte und verbessern ganz konkret das Stadtklima, die Wohn- und Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer. Trotz der vielen Schwerpunkte, die positiv in diesem Budget verankert sind, wäre natürlich ein größerer Spielraum für Investitionen wünschenswert gewesen. Ich denke, es erübrigt sich, in diesem Haus lang und breit auszuführen, was alles auf der Soll-Liste als dringend und prioritär steht. Es ist, glaube ich, daher unerlässlich und zudem jetzt der richtige Zeitpunkt, sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite genau zu durchleuchten. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, in den kommenden 14 Monaten mit Unterstützung des Stadtrechnungshofes und unter Beiziehung externer Fachleute Strukturen, Organisation, Aufgaben, Leistungen penibel zu durchleuchten, bei Beteiligungen und Gesellschaften ebenso wie im Magistrat. Also wir sprechen hier wirklich von einer grundlegenden Wirkungsanalyse, einer Evaluierung, inwieweit Zielsetzungen erreicht bzw. verfehlt wurden, wo es Nachbesserungsbedarf gibt, was sich im Laufe der Jahre an Rahmenbedingungen auch gesetzlicher Natur, Stichwort Maastricht, geändert hat. Diese Gesamtschau in wirklich umfassender Art hat es viel zu lange nicht gegeben. Dass es eine solche Analyse aber dringend braucht, ist eine der entscheidenden Lehren, die wir aus dem Kassasturz und aus der Erstellung des Doppelbudgets 2022/2023 gezogen haben. Wobei uns auch bewusst und von Fachleuten immer und immer wieder bestätigt wurde: Der sogenannte Turn around ist Knochenarbeit und um die budgetäre Schieflage zu bereinigen, wird es viele Jahre brauchen. Umso wichtiger ist es, sich rasch an die Arbeit zu machen. Und da sage ich schon deutlich, es wird keine Tabus geben dürfen, was Strukturen betrifft, was die Frage der Sinnhaftigkeit von

Doppel-Geschäftsführer:innen, Overheadkosten, Leistungen etc. betrifft. Also ich glaube, wir haben uns ja auch deshalb dazu entschieden, alle jetzt auslaufenden Geschäftsführer:innenverträge nur vorläufig einmal bis Jahresende zu verlängern. Zuallererst werden wir in den nächsten Wochen und Monaten die Steuerungsrichtlinien aller städtischen Gesellschaften so überarbeiten, dass selbstverständlich wieder der Gemeinderat als das oberste gewählte Organ in dieser Stadt das letzte Entscheidungswort hat. Dies auch, weil wir mit dem Ziel größtmöglicher Transparenz angetreten sind. So macht zum Beispiel der Investitionsbereich unserer städtischen Gesellschaften und Beteiligungen in dieser Periode fast 1 Mrd. Euro aus. Da ist es ganz wichtig, was konkret und im Detail natürlich mit dem Geld passiert und das ist grundsätzlich natürlich wert, jeden Cent, jeden Euro anzuschauen und zu hinterfragen. Wir werden deshalb auch die Prüfkompentzen des Stadtrechnungshofes entscheidend erweitern. Das ist auch ein wichtiger Faktor, die Einschränkungen und Beschränkungen in Hinblick auf unsere städtischen Gesellschaften und Beteiligungen, die bislang die Prüfmöglichkeiten für den Stadtrechnungshof teilweise behinderten, so weit wie nur möglich aufzuheben. Dass dies bei Bedarf auch mit einer personellen Verstärkung des Stadtrechnungshofes einhergehen muss, steht außer Diskussion, das haben wir auch schon angemerkt. Aber ich denke, wenn wir die Schlagzahl in Richtung Transparenz erhöhen, geschieht dies nicht aus Jux und Tollerei, das ist auch kein Misstrauen gegenüber den Führungskräften, den Vorständen und Geschäftsführer:innen, ich glaube, ganz im Gegenteil: Ein zukunftsfitte Haus Graz 2.0 ist in unser aller Interesse und die Herausforderungen, denen wir alle uns stellen müssen, sind enorm. Ich glaube, es geht nicht um blindwütiges Einsparen, es geht darum, klug darauf hinzuarbeiten, etwas besser machen, um so auch finanzielle Spielräume für die Zukunft zu schaffen, die wir dringend benötigen. Und da möchte ich schon noch einmal betonen, ich glaube, das ist allen Beteiligten hier klar, dass das Budget 2022/2023 durchaus durch einen Kraftakt zustande gekommen ist und wir das nach dem Kassasturz für unmöglich Gehaltene geschafft haben und können heute durchaus ein Budget vorlegen, das in den wichtigsten Teilbereichen doch Steigerungen aufweist, und wir konnten hier zum Teil

ohne Kürzungen auskommen. Wir sind sogar von der zuletzt vierfachen Schuldenobergrenze auf den dreifachen Wert zurückgegangen, was ja auch ein Signal sein soll, weil uns hier die Verantwortung gegenüber den Grazerinnen und Grazern bewusst ist, obwohl die Pandemie-Situation natürlich noch nicht aus ist, wie wir alle wissen. Das ist nicht einfach und wird auch noch schwieriger durch die geopolitische Lage, Stichwort Ukraine-Krieg. Und weil wir mittel- und langfristig unser Graz natürlich wieder auf gesündere Beine stellen wollen, das ist ja auch selbstverständlich, was wir hier gemeinsam vorhaben, aber ich denke, das gilt für alle Fraktionen. Die Erarbeitung dieses Budgets war jedenfalls ein Drahtseilakt; dass es letztlich gelungen ist, dafür möchte ich abschließend meine größte Hochachtung gegenüber der Finanzdirektion, insbesondere in Richtung Finanzdirektor Mag. Stefan Tschikof und Budgetreferent Michael Kicker, zum Ausdruck bringen:

Sie leisteten mit ihrem Team unter schwierigsten Bedingungen eine hervorragende Arbeit, ein herzliches Danke dafür. Ebenso größter Dank gebührt Direktor Mag. Hans-Georg Windhaber und seinem Team im Stadtrechnungshof, die hier auch toll unter die Arme greifen und unterstützen und, ich glaube, das auch zu schätzen wissen, wie wir heute mittlerweile hier gut in Koordinierung hier die Dinge angehen. Und insgesamt möchte ich mich bei allen Mitarbeiter:innen im Haus Graz bedanken mit Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel an der Spitze, den Abteilungsvorständen, den Vorständen und Geschäftsführer:innen der städtischen Unternehmen und Gesellschaften. Sie tragen mit ihrer Arbeit ganz wesentlich dazu bei, dass Graz eine lebenswerte, aber auch liebenswerte Stadt ist. Und selbstverständlich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzlicher Dank. Sie tragen mit ihrer Arbeit ganz wesentlich dazu bei, wie schon gesagt, und daher kann ich jetzt zum Schluss kommen und ich glaube, der mit Spannung erwartete Satz, ich will ihn Ihnen nicht weiter vorenthalten: Die SPÖ Graz wird diesem Voranschlag selbstverständlich zustimmen. Danke (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer: (zur Geschäftsordnung)**

Danke, Frau Bürgermeisterin, für die Wortmeldung, die ich jetzt tun darf. Lieber Michi Ehmman, da du bei mir auch wortgeklaubt hast, möchte ich auch bei dir um eine Entschuldigung bitten. In Zeiten wie diesen, wo man mit der Pandemie nicht scherzt, weil bedauerlicherweise auch welche daran versterben könnten, möchte ich dich bitten, mir nicht zu unterstellen, dass ich Fieber habe. Ich habe keines, ich kann euch allen versichern, dass ich gesund bin. Und du hast Recht, so wie die Zahlen steigen, sollten wir zukünftig auch wieder Tests machen vor der Gemeinderatssitzung, aber aus gesundheitlichen Gründen und nicht aus Chauvinismus (*Appl.*).

KO GR **Ehmann:**

Geschätzte Kollegin Dani Gmeinbauer. Natürlich nehme ich das zum Anlass, dieses Zitat noch einmal zu hinterfragen und das nehme ich zurück. Ja, natürlich, weil es war nicht aus gesundheitlichen Gründen gemeint.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich finde das gut, dass das genau so gemacht wird. Danke an alle (*Appl.*).

9.6 GR Mag. Philipp Pointner, Neos (12.40 Uhr – 12.48 Uhr)

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, sehr geehrter Herr Finanzdirektor, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Stadtsenatsmitglieder, Vertreter der Medien, Restzuhörer, Streamer und Streamerinnen. Zunächst auf meiner Seite kurzgefasst der große Dank an die gesamte beteiligte Verwaltung, die diesen Budgetentwurf ermöglicht hat, verfasst hat, für die Mühen, die Sorgfalt bei der

Erstellung des Budget-Doppelvoranschlages, der heute zur Abstimmung steht. Aber das vorgelegte Papier ist halt ein weiterer Meilenstein der Grazer Schuldenpolitik. Durchaus enttäuschend für die Zukunft der Grazerinnen und Grazer. Die aktuellen Zahlen sind schon mehrfach beleuchtet worden: 1,6 Mrd. Euro 2022, 2,4 Mrd. Euro 2027 laut mittelfristiger Haushaltsplanung; heruntergebrochen ist das eine Pro-Kopf-Verschuldung, und das haben wir noch nicht gehört, die jetzt 5.800 Euro beträgt und 2027 progressiv dann schon bei 8.200 Euro, vom Baby bis zum Greis, dass es dann fortgeschrieben wird. Ein Schuldenrucksack 2027, der in fünf Jahren 2.400 Euro pro Kopf schwerer wiegt. Das ist nach unserer Ansicht unverantwortliche Haushaltspolitik, die den alten schwarz-blauen Schuldenweg weiter fortsetzt, teilweise sicher zwanghaft, teilweise aber auch selbstgestalterisch, wo Sachen unterlassen werden. Die finanzielle Luft zum investiven Atmen wird dünner und investiv müssen wir weiteratmen. Investitionen, das haben wir auch gehört, müssen stattfinden, um die Stadt zukunftsfit und lebenswert zu erhalten. Natürlich nicht mehr so wie in den letzten vergangenen 18 Jahren mit dem Steuergeldfüllhorn oder auch des Knaben Wunderhorn, aber bitte auch nicht kleinteilig. Bitte auch keine kleinteiligen Investitionen, die nur auf den nächsten Wahltermin hinzielen, und da kommt mein großer Kritikpunkt am Budget: Kleinteiligkeit liegt vor bei der budgetären Behandlung des Bildungsbereiches, ganz besonders im Bereich der Elementarpädagogik, da bildet sich viel zu wenig ab investiv im Budget (*Appl.*).

Vor der Wahl gab es sehr große Versprechungen seitens KPÖ, SPÖ, auch Grüne, Gratis-Kindergarten, kleinere Gruppen, substanzielle bessere Bezahlung des Personals, alles natürlich auch Neos-Forderungen, wenn ich das anmerken darf. Im Budgetentwurf lese ich davon sehr, sehr wenig. Man muss natürlich schon auch der ÖVP vorhalten, dass es ihr erst jetzt auffällt, dass es in der Elementarpädagogik lichterloh brennt, nachdem sie 18 Jahre lang in finanzieller Gestaltungshoheit agiert hat. Und weiter ging es natürlich in dem allen bekannten Hickhack, der jetzt in einen Minimalkompromiss mündet, aber der ist für uns zu wenig. Und die Ausrede, dass besonders im Bezahlungsbereich ja eher dann das Land verantwortlich ist, das gilt auch nicht. Ich kann es vorwegnehmen, das ist der zentrale Punkt, warum wir diesem

Budgetvoranschlag nicht zustimmen werden. Mein weiterer Punkt geht in Richtung Vorbildwirkung in Sparsamkeit, und das ist ein kleiner Punkt, und da bin ich ein bisschen entgegengesetzt dem Herrn Klubobmann Pascuttini, der sagt, kleine Summen machen nichts, wir müssen nur ans große Ganze denken. Ich glaube das nicht. Wenn es um unsere eigenen Verantwortungs- und Vorbildwirkung geht, dann macht Kleinvieh sehr wohl Mist. Und ich spreche jetzt die Verfügungsmittel an, also die Mittel, über die jedes Stadtregierungsmitglied ohne weiteren Beschluss eines Gremiums frei verfügen kann, und da herrscht leider das Motto: Vertrauen ist gut, keine Kontrolle ist besser. Und diese Ausgaben versinken unkontrolliert wie in einem schwarzen Loch, wo es weder Kontrolle noch Rechenschaft gibt, und das kann man auf den Steuerzahler mit einem schönen Bild umlegen. Das würden sich nämlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch wünschen, dass man nämlich ein paar tausend Euro hernimmt und keinen Nachweis dem Finanzamt übermittelt und trotzdem Steuerbegünstigungen bekommt. Das heißt, das ist dann schon unehrlich, wenn man sich als Stadtregierung doch Transparenz auf die Fahnen schreibt, aber eben nicht überall, und auf der anderen Seite, dass man schon so hergeht bei diesen Verfügungsmitteln und das der Steuerzahler zahlt, und man natürlich schon weiß, wie man das Geld ausgibt und wem gegenüber man mit dem Geld auch eine nette Geste machen kann. Und so werden ungefähr eine Viertel-Million Euro pro Jahr als Körpergeld den Stadtregierungsmitgliedern in die Hand gegeben, 1,25 Mio. Euro über die gesamte Regierungsperiode; und das ist eigentlich Geld, das doch in der Kinderbetreuung und Elementarpädagogik besser verwendet wäre, denke ich. Und deshalb werden wir auch einen Abänderungsantrag jetzt machen in dieser Hinsicht. Das ist ein kleiner Bereich, aber da appelliere ich wirklich an Sie, gehen Sie mit diesem Abänderungsantrag mit und werden wir alle zum Vorbild an Sparsamkeit, denn die Grazer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben ein Recht darauf zu wissen, was mit Ihrem Geld passiert, egal ob es Millioneninvestitionen sind oder der Kaffee über die Verfügungsmittel im Rathaus Sacher. Und wir Neos, wir leben das ja vor, das ist wirklich unser ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Mag. **Pointner**:

Ja, vielleicht, sogar Alleinstellungsmerkmal, dass wir sogar die Leberkäsesemmel samt Ketchup oder Kren abrechnen, und jeder kann das pausenlos einsehen. Wir sind transparent (*Gelächter im Saal*).

Und ich bitte jetzt die Stadtregierung, auf das eine oder andere Semmerl zu verzichten und dem Abänderungsantrag zuzustimmen und ich darf ihn jetzt schon vorbringen.

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Wir zahlen die Semmeln nicht mit den Verfügungsmitteln (lacht).

GR Mag. **Pointner**:

Berichtigung angenommen, Abänderungsantrag trotzdem. Ich lese ihn nicht vor, der Abänderungsantrag betrifft den Voranschlag 2022/2023 so wie niedergelegt, dass die Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder und Klubobleute in der Höhe von 215.000 Euro um 50 % reduziert werden sollen und die dadurch freigewordenen Mittel um 107.000 Euro werden aliquot auf die Subventionsbudgets der einzelnen Ämter aufgeteilt. In Zeiten von größter finanzieller Bedrängnis, Stadtregierung, bitte als Vorbild vorgehen. Und bevor ich das Rednerpult auch schon verlasse, ist es mir wirklich ein Anliegen, auf die Kulturschaffenden als Kulturschaffender hinzuweisen. Denn trotz gegenteiliger Versprechen und auch trotz der Ankündigung, dass es eh ein Fair-Pay geben wird, muss ich schon darauf hinweisen, dass laut Mittelfristplanung und laut dem vorgelegten Budgetentwurf ein Fair-Pay nicht möglich sein wird, weil Inflation ist in der Mittelfristplanung bisher noch nicht abgebildet, und wir müssen für die Kulturschaffenden mehr in die Hand nehmen. Wir dürfen die Rücklagen nicht einkassieren. Die Rücklagen von 2,2 Mio. Euro im Kulturbudget (*Appl.*).

Das ist ein absolut falsches Signal. Wir sind Kulturhauptstadt, und da geht es sehr wohl um die freie Szene, es geht aber auch um die große Szene, um die große Wahrnehmbarkeit in Europa. Überlegen Sie sich das bitte in Zukunft, ob wir mit dem Kulturbudget nicht doch anders verfahren. Aus diesen Gründen komme ich zum Schluss, dieses Budget ist für uns unbefriedigend und aus den erwähnten Gründen können wir leider nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

Originaltext der Abänderungsanträge (Neos):

Ad. 1a:

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
trotz der angespannten Budgetlage und fehlender finanzieller Mittel für zahlreiche Vorhaben wurden die Verfügungsmittel der Stadtpolitik wieder erhöht.
Im Sinne einer sparsamen Budgetpolitik und Ihrer Verantwortung gegenüber den Grazer Bürgerinnen und Bürgern, stelle ich folgenden*

Abänderungsantrag:

- 1.) Der Voranschlag 2022, Fonds 070000/ Fipos 1.729000/ HHP 21100030/ Fisl 110 Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder und Klubobleute in der Höhe von 215.000 Euro soll um 50 % reduziert werden.*
- 2.) Die dadurch freigewordenen Mittel (rund 107.500 Euro) werden aliquot auf die Subventionsbudgets der einzelnen Ämter aufgeteilt.*

Ad. 1b:

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
trotz der angespannten Budgetlage und fehlender finanzieller Mittel für zahlreiche Vorhaben wurden die Verfügungsmittel der Stadtpolitik wieder erhöht.*

Im Sinne einer sparsamen Budgetpolitik und Ihrer Verantwortung gegenüber den Grazer Bürgerinnen und Bürgern, stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

- 1.) Der Voranschlag 2023, Fonds 070000/ Fipos 1.729000/ HHP 21100030/ Fisl 110 Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder und Klubobleute in der Höhe von 215.000 Euro soll um 50 % reduziert werden.*
- 2.) Die dadurch freigewordenen Mittel (rund 107.500 Euro) werden aliquot auf die Subventionsbudgets der einzelnen Ämter aufgeteilt.*

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke vielmals Herr Gemeinderat. Wir sind jetzt am Ende der Hauptredner:innen, und die Frau Stadträtin Schönbacher möchte aber noch, bevor wir in die Mittagspause gehen, eine Richtigstellung.

StRⁱⁿ Schönbacher:

Dankeschön, ich möchte diese Behauptung echt richtigstellen, weil wir alle, ich kann nur für mich sprechen, aber ich bin mir sicher, auf für den restlichen Stadtsenat, unsere Jause bezahlen wir von unserem eigenen Geld, das wir verdienen und sicher nicht von den Verfügungsmitteln und das bitte ich zu unterlassen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke, liebe Frau Schönbacher, das habe ich eh genauso damit gemeint, nämlich nicht nur mich, sondern alle unsere Stadtratskolleg:innen, weil davon gehe ich aus. Wir sind jetzt am Ende mit den Hauptredner:innen. Jetzt gehen wir in die Mittagspause, die Kolleg:innen haben sich erlaubt, im Stadtsenatssaal für Sie etwas vorzubereiten. Es wird Gulasch geben, genauso auch für Vegetarier:innen und Veganer:innen ist es etwas vorbereitet, auch Getränke. Und wir treffen uns wieder pünktlich um 14.00 Uhr mit dem Beginn der Spezialredner:innen. Mahlzeit (*Appl.*).

Pause von 12.50 Uhr bis 14.05 Uhr.